INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2,50 DM

Nr. 420

K.E.I.N. K.N.A.S.T.

STEHT EWIG.

15. Mai 1997

Innenstadt-Aktionswoche vom 2. bis 8. Juni 1997

INNEN stadt AKTION

Initiativen aus den Bereichen Antirassismus, Antifaschismus, Drogenpolitik, Kunst & Politik und Stadtentwicklung haben sich Ende 96 zusammengeschlossen, um vom 2. bis 8. Juni 1997 in vielen Städten in der BRD, Schweiz und Österreich eine Aktionswoche gegen ‚Ausgrenzung, Privatisierung und Sicherheitswahn' durchzuführen.

In vielen Großstädten Westeuropas ist seit Jahren eine ähnliche Entwicklung zu beobachten: Innenstädte werden zunehmend und nahezu ausschließlich auf gehobenen Konsum ausgerichtet, öffentliche Räume zu bloßen Eingangsbereichen der Geschäfte und Passagen erklärt. Diese Privatisierung geht einher mit zunehmenden Razzien gegen DrogenkonsumentInnen wie auf dem Breitscheidplatz in Berlin, oft mit dem erklärten Ziel, offene innenstadtnahe Drogenszenen ‚aufzulösen' wie in Zürich oder Frankfurt, weiter zunehmende Illegalisierung und Ausweisung von MigrantInnen, Bettelverbot wie in München, die Räumung von Wagenburgen, Kontrollen durch private Sicherheitsdienste in Konsumzonen oder an vormals quasi-öffentlichen Plätzen wie etwa in Bahnhöfen. Solche direkten, meist brutal ausgeführten Massnahmen, sind Teil des kommunalen Standortwettbewerbs und gehen einher mit Imagekampagnen der jeweiligen Städte: Berlin bleibt sauber, Frankfurt lädt ein, das neugegründete Zürcher Festival bringt Kultur und Touristen auf den Platzspitz, den Platz, der als Symbol für die 80er Jahre Drogenszene stand.
Das Muster, nach der kommunale Regierungen und Geschäftsleutevereinigungen diesen Wettbewerb für sich zu entscheiden suchen, ist nahezu gleich. All diejenigen, die nach dieser herrschenden Meinung das Bild der Hochglanzkonsumwelt stören, sollen aus den Innenstadtbereichen verschwinden. Dazu gehören schon seit längerem DrogenkonsumentInnen und Obdachlose, für die öffentliche Räume eine starke Bedeutung als Lebensraum haben und seit einigen Jahren auch jüngere MigrantInnen, die sich in Gruppen auf Plätzen und in Passagen treffen. All diese Menschen, für die öffentliche Räume nicht nur der Weg von einem Geschäft zum nächsten sind, sondern auch Treffpunkte, werden als Bedrohung für Sicherheit und Ordnung nach rassistischem Schema diffamiert und systematisch verdrängt und kriminalisiert.

Wir gehen davon aus, daß sich die Hintergründe für die Ausgrenzungspolitik an folgenden Aspekten festmachen lassen:
* Vereinigungen von Geschäftsleuten wie die Berliner AG City oder die Frankfurter Zeil Aktiv unternehmen seit einiger Zeit verschärfte Vorstöße, die Innenstädte gemäß ihren Interessen zu vereinnahmen und zu gestalten. Vereinheitlichung des Erscheinungsbildes, Kontrollen und privates Management werden nunmehr von privaten auf (vormals) öffentliche Zonen übertragen: In diesem Konzept stören Personengruppen, welche an diesem Konsum nicht teilnehmen können oder wollen.
* Die Verwaltung des öffentlichen Raums erfolgt nicht allein durch Architektur und Städtebau, sondern ebenso durch Ordnungspolitik: ‚sozialer Frieden'; ‚hohe Arbeitsmoral' und ‚polititsche Stabilität' sind Faktoren des Städtewettbewerbs. Kommunen und der Staat lassen sich in dieses Konzept einbinden und leisten durch Gesetzgebung und Repression den Privatinteressen Folge.
* Hier besteht zudem ein propagandistisches Motiv: mit den martialischen Einsätzen gegen MigrantInnen, Obdachlose und DrogenkonsumentInnen soll auch öffentlich demonstriert werden, daß es einen polizeilichen Handlungsbedarf gegen Personengruppen gibt, die als Feindbilder von staatlicher Seite her erst produziert wurden.

* Razzien werden etwa gegen MigrantInnen und Illegalisierte durchgeführt, um einzuschüchtern, zu isolieren und abzuschieben. Gleichzeitig baut die städtische Ökonomie nicht zuletzt auf der ungesicherten, unterbezahlten Arbeit entprivilegisierter oder illegalisierter Personengruppen auf: zB der Putzkolonnen, die nachts ihre Runden durch die Büroetagen ziehen. Der ‚Glanz der Metropolen' wird vor allem von Migrantinnen hergestellt. Die Angst vor Repressionen soll demgegenüber politisches Handeln und Organisierung der Betroffenen verunmöglichen.

Durch zeitlich gebündelte Aktionen in vielen Städten soll Anfang Juni ein Versuch unternommen werden,

* den schweigenden Konsens zu stören, wonach öffentliche Räume nicht für alle, sondern nur mehr einer „attraktiven Öffentlichkeit" (Deutsche Bahn AG) zugänglich sein sollen. Daß Geschäftsleute mithilfe von Polizei und privaten Diensten bestimmen, wer sich vor ihren Ladenzonen und in den Quartieren aufhalten darf, bleibt öffentlich weitgehend unwidersprochen. Wir wollen die schweigende Mehrheit zur Stellungnahme provozieren und die Normalität von ‚Sicherheit & Ordnung' durchbrechen;
* Ausgrenzung und Aufsplitterung aufzuheben, indem sich über die Aktionen Leute treffen, welche sonst individualisiert Repressionen erfahren. Auch sollen diejenigen angesprochen werden, für die es nicht selbstverständlich ist, daß Razzien, Mißhandlungen und einschüchternde Präsenz von Polizei und Sicherheitsdiensten zur neuen städtischen Realität gehören;
* den Anstoß zu geben für weitergehende Diskussionen. Wir wollen deutlich machen, daß die Zurichtung der Städte nach ausschließlich profitwirtschaftlichen Gesichtspunkten, zunehmende Obdachlosigkeit, die Ablösung von Sozial- durch Ordnungspolitik und die Mobilisierung rassistischer Ausgrenzung und extrem ausbeuterische Arbeitsverhältnisse nicht einfach bedauerliche Einzelaspekte der 90er sind, sondern in einem Zusammenhang stehen;
* den lokalen wie überregionalen und kontinuierlichen Widerstand gegen diese Strategien zu stärken, bzw. für dessen Sichtbarkeit/Spürbarkeit zu sorgen.

Unsere Aktionen richten sich gegen Politik und Polizei, gegen einen weitreichenden rassistischen Konsens der Bevölkerung sowie gegen die Konsumzurichtung von Seiten der Geschäftsleute, die den öffentlichen Raum ihren Interessen gemäß privatisieren wollen. Die Verengung der Diskussion auf ‚Innere Sicherheit', ‚polizeiliche Lösungen' und ‚(haupt-)städtische Sauberkeit' muß durch geeignete Aktionen aufgebrochen werden.

Für Berlin gibt es inzwischen einen Aktionskalender für die erste Juniwoche. Wir rufen alle interessierten Gruppen und Einzelpersonen dazu auf, sich zu beteiligen oder selbst mit weiteren Aktionen den Protest auf die Straßen und Plätze zu bringen.
Die Vorbereitungsgruppe trifft sich bis zum Juni jeden Mittwoch um 20.00 Uhr in der Antirassistischen Initiative, Yorckstr. 59, Kreuzberg. Tel. 785 72 81.

Innenstadt-Aktionswoche, Vorbereitungsgruppe Berlin

Plan für die Innenstadt-Aktionswoche im Juni 97 (Änderungen möglich, Ergänzungen erwünscht!)
Berlin

Stand: 10.05.97

Montag, 2.06.	Dienstag, 3.06	Mittwoch, 4.06.	Donnerstag, 5.06	Freitag, 6.06.	Samstag, 7.06.	Sonntag, 8.06.
Los gehts !	**Konsumzwang**	**Reich ist uns nicht reich genug!**	**Tag des öffentlichen Nahverkehrs**	**Gegen die Grenzziehung nach innen**	**Gefährliche Kriminalisierung an öffentlichen Orten**	**InnerCity-Chill-Out**
	Neue Armut, Kommerzialisierung, Einkaufszonen, gefährliche Orte, Drogen, Bannmeilen.	Konsummafia AG-City, Privatisierung, gefährliche Zonen	Obdachlosigkeit, Drogen, Vertreibung aus Bahnhöfen, Sicherheitspanik	Ausgrenzung, Rassismus.		
In der ganzen Woche	***Anbau*** vom Freien	Fach (an ein öffentliches	Gebäude) mit	Bar, Video,	Pressebüro, usw.	
Vorher werden schon	***a-clips*** produziert,	die schon in	Berliner Kinos	laufen und auch	im Anbau gezeigt	werden.
	Nachmittags auf und um den Breitscheidplatz: ***Scheinschlag-Release-Party -*** Visualisierung von Stadtgrenzen- Vorstellung der Beilage im Scheinschlag ***Breit auf dem Breiti*** Kiff-In im Herzen unserer Hauptstadt. ***Kudamm-Konsumkontrollen*** Wer gehört denn hier eigentlich zur "attraktiven Öffentlichkeit" (O-Ton Bahn- AG)?	**16.00 Los-Angeles-Platz:** ***Picknick in L.A.*** Picknick auf dem privatisierten Los-Angeles Platz mit Kiffen, Saufen und Ballspielen. **17.00 Ranke-/Augsburger Str.** ***Demo mit Kundgebungen*** - vor den Büros der „Operativen Gruppe West" in der Joachimsthaler Str. - am Bahnhof Zoo und um	***Surfen mit den Blauen*** Aktionen in der U-Bahn gegen Sicherheitswahn und Ausgrenzung ***Yuppie-Parade in Prenzlberg***	**14.00 Alexanderplatz:** ***Food Not Bombs*** Volxküche für Obdachlose und alle anderen ***Schlagbaum-Aktion.*** Agit-Prop-Aktion zur Festung Europa **16.00 Alexanderplatz:** ***Protestkundgebung*** **gegen Razzien und Ausgrenzung.**	***Demo und Kundgebungen an gefährlichen Orten*** Abschluß auf einem Fest in Friedrichshain **13.00 Traberstr.:** ***BesetzerInnendemo*** durch Friedrichshain	**16.00 Wagenburg Lohmühle:** ***Bar-B-Q und Chill-Out***
19.30 Tanzschule Schmidt: ***Auftaktveranstaltung*** mit Ständen von verschiedenen Gruppen und Diskussion **23.00 Tanzschule Schmidt:** ***Party***	***Kiezspaziergang durch Kreuzberg und Mitte*** im Rahmen der BesetzerInnenwoche	**19.00 Palace-Hotel:** ***Informationsbesuch bei der Hauptversammlung der AG-City***		**16.00 Deutschmeisterstr/ Frankfurter Allee:** ***Eure Armut kotzt uns an!*** Jubelparade durch Friedrichshain	***Party***	**23.45, Kanal 4 (RTL):** ***Wagenburg-Film***

!!!!!! Die aktualisierte Fassung des Kalenders gibts in der nächsten Interim. Ansonsten: auf Plakate und Aushänge achten !!!!!

Internationale Aktionstage für besetzte Häuser und Wagenburgen in Berlin und Potsdam

Mit dem Zusammenwachsen Europa wird es der internationalen BesetzerInnenszene immer schwieriger gemacht ihre besetzten Freiräume zu erhalten und neu zu erkämpfen. 1987 wurde durch T.R.E.V.I. (internationale Terrorismus- und Aufstandsbekämpfung) ein europaweiter Beschluß verfaßt, der besagt, daß es bis Ende 1996 keine weiteren besetzten Häuser und Wagenburgen mehr geben soll. Trotz massiver illegaler Räumungen und Kriminalisierung durch Staatsmacht und Kapital gibt es uns immer noch.
Aus diesem Grund wollen wir mit Euch eine internationale BesetzerInnenwoche auf die Beine stellen, multikulturelle „Banden" knüpfen, Erfahrungen austauschen, kämpfen und natürlich feiern. Wir würden uns freuen, wenn Ihr Euch mit vielfältigen Aktionen, Theater, Performances (der Phantasie sollen dabei keine Grenzen gesetuzt sein) an dieser Woche beteiligen könntet.
Die bisherigen Ideen unsererseits sind die Vorbereitung eines Straßenfestes, einer Demo, eines zentralen Aktionstages der dezentralen Aktionswoche, Konzerte, Parties, Diskussionsveranstaltungen.
Dazu brauchen wir Eure Ideen, Eure Hilfe und natürlich Eure zahlreiche Anwesenheit. Falls Ihr etwas vorbereiten solltet oder sogar schon habt,, wie Redebeiträge für die Demo, Bands, Theater, Infoveranstalungen etc. Schickt uns diese vorher, damit wir ein Programm zusammenstellen können.
Die Woche wird sein: vom 31.5. bis 8.6.
eine Pennplatzbörse ist vorhanden und falls Schlafplätze knapp werden, geben wir eine Leerstandsliste heraus.
Das ausgearbeitete Programm, sowie Plakate und Flugis werden von uns nachgeschickt
Kontaktadresse: BesetzerInnencafe
Köpenickerstr. 137
10179 Berlin
Tel.: 030-2795916 (Montags 18.00 - 21.00 Uhr)

(An die OrganisatorInnen: Wir sind nicht Euer Schreibbüro, also schickt uns bitte gute, nicht zerknitterte Vorlagen, auf denen der Text vollständig ist, die I's)

BesetzerInnenwoche vom 31.5,-8.6,

Samstag 31.5.:
Ankunftstag-Pennplatzbörse:Vormittags inder Köpenickerstr.137 (Berlin Mitte)
Nachmittags ab 14.00 Uhr bei Fest in der Pfarrstr.
14.00 Uhr 7-jähriges Bestehen der Pfarrstr.88 (Jubiläumsparty und "Eröffnung" der Woche)
22.00 Uhr Konzert in der Köpi
Sonntag 1.6.:
11.00 Uhr Frühstück in der Köpi
14.00 Uhr Straßenfest mit Konzert.Flohmarkt u.s.w. in der Kreutzigerstr.
16.00 Uhr Kaffee und kuchen in der Jessenerstr. (Supermolly)

Montag 2.6.:
AKTIONSTAG
19.00 Uhr Vokü in der Niederbarnimstr.23

Dienstag 3.6.:
11.00 Uhr Frühstück auf der Wagenburg Schillingbrücke
16.00 Uhr Kiezspaziergang evtl.Mitte.Kreuzberg.Prenzl.Berg
20.00 Uhr Vokü in der Köpi (wahrscheinl. mexicanisch)
21.00/22.00 Uhr multiculturelles Spektakel:+ 14-köpfige Samba-Trommelcombo
+ (evtl) Dudelsackspieler +Trommler -Köpi

Mittwoch 4.6.:
11.00 Uhr Frühstück im Nimmerland in der Kreutzigerstr.
Mittags "Workshop" auf der Wagenburg Lohmühle
18.00 Uhr Freiheit für Mensch und Tier -anarchistisches veganes Café in der Köpi
21.00/22.00 Uhr Konzert und Party evtl. in der Rigaerstr.83 und 84

Donnerstag 5.6.:
11.00 Uhr Frühstück in der Brunnenstr.183 (Hinterhof)
tagsüber große Schnitzeljagd
pünktlich 20.00 Uhr Überraschung am Endpunkt der Jagd (vor der Köpi)
21.00 Uhr Vokü in der Köpi
21.00 Uhr Kino in der Köpi:+"N.Y. Lower East Side " 30 min.
+"Strategie der Schnecke" (beides sehr wahrscheinlich auf engl.bzw. span. o.Untertitel)
danach Spieleabend

BesetzerInnenwoche vom 31.5.-8.6.

Freitag 6.6.:
11.00 Fruhstück in der Niederbarnimstr.23
Veranstaltung zu Baum-und Hüttendörfer in der niederbarnimsrt.23
Vokü in der NB 23
22.00 Konzert in der Köpi

Sonnabend 7.6.:
11.00 Uhr Frühstück in der Scharnweberstr. 28
13.00 Uhr **DEMO** (Rute wird noch bekannt gegeben)
17.00 Uhr Hoffest in der Brunnenstr.7-8 mit Bands.Filmen.Veranstatung(Diskussion)

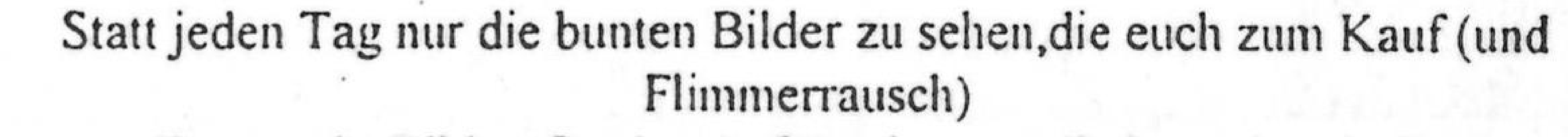
Sonntag 8.6.:
11.00 Uhr Frühstück in der Köpi
16.00 Uhr Kaffee und Kuchen in der Jessenersrt.

Das ist natürlich erst der grobe Überblick der BesetzerInnenwoche.Da es durch beschissene (wie weitere Räumungen-dadurch Ortswechsel)oder positive Gründe(wie weitere Ideen,Vorschläge, Rückantworten mit selbigem) noch zu entscheidenden Änderungen im Programm kommen kann. Die entgültigen Programme werden dann also erst kurz vor Beginn fertig sein.In Planung sind noch eine Technoparty.sowie die Adressenliste einiger Kneipen mit Öffnungszeiten.Für die Demo ist es sehr wichtig.daß ihr uns evtl.Redebeiträge zahlreich und nat. rechtzeitig schickt.Wir erwarten euch demnächst also in der Berlin und bringt viel Spaß und Kampfgeist mit.

Mieterhöhungen.Zwangsräumungen.Leerstand.Privatisierung der Innenstadt.Fahrpreiserhöhung.Ausbau des Sicherheits und Repressionsapparates.Militärparaden.Knastfür Totalverweigerer. ReGIERungsumzug. Bannmeile. Abschiebung von FlüchtlingOen.NoFitti . . .



WOLLT IHR EINE STADT DER BULLEN BONZEN UND BANKER?



Statt jeden Tag nur die bunten Bilder zu sehen,die euch zum Kauf (und Flimmerrausch) anregen sollen,macht Bilder für den Aufstand gegen die herrschende Ordnung und für ein @nderes Berlin.
Damit eure Ideen und Hirngespinste nicht im Luftleerem Seifenblasenschwall verpuffen, rufen wir zum **PLAKATEWETTBEWERB WIDER DEN HAUPTSTADTWAHN** auf ! ! !
Deshalb Entwürfe machen (A4 oda A3 / Zeichnung,Fotos,Collagen) und diese bis spätestens zum **7.6.97 20 Uhr im Drugstore** vorbeibringen,wo dann die **'Offizielle Plaki-Party' mit Bands,Filmen und der Preisverleihung'** (die Jury sind alle Anwesenden) stattfinden wird.
Motive und Ideen gibts ja wohl genug und Preise gibt's auch noch

die ersten zwei Plakatentwürfe kriegen
1 x den BUNTPREIS *1000er AUFLAGE (Druck in Farbe) plus 1 Kasten Bier*
1 x den Schwarzweiß-Preis *1000er AUFLAGE (Druck s/w) plus 1 Kasten Bier*

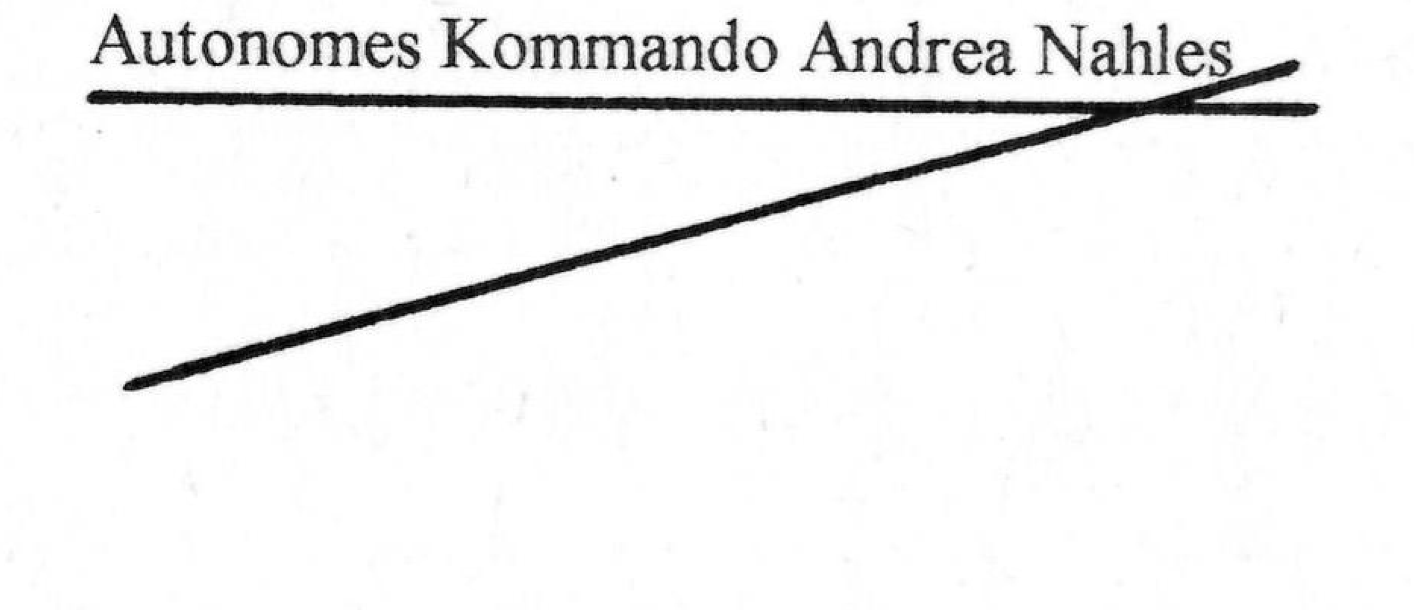
danach gibts noch viele *TROSTPREISE + ÜBERRASCHUNGEN*
!!!!!!!!!!!!!!!!!! Beteiligt euch *!!!!!!!!!!!!!!!!!!*
u N *d*
kommt zur Party !

Hier noch die Adresse der Potse/Drugstore :
Potsdamerstr.180
Ubf.:Kleistpark (U7),Bülowstr(U2),Kurfürstenstr.(U1)& S-+Ubf. Yorkstr.

Betrachtungen zur Revolutionären 1.Mai Demonstration vom Rosa Luxemburg Platz unter besonderer Berücksichtigung militärtaktischer Gesichtspunkte
oder: Gute Bullen prügeln nur auf breiten Strassen, Berliner Bullen gehen überall hin

So, jetzt ist er vorbei - der 1.Mai. Und was halten wir davon? Ein Erfolg war es nicht.
Gut fanden wir erstmal die rege Beteiligung an der Demo. Was an Message dabei rübergekommen ist, war schon weniger toll. Entweder war die Masse der TeilnehmerInnen nicht weiter am Anlaß ihres Nachmittagsspazierganges interessiert oder es genügte ihnen, sich vom Lautsprecherwagen inhaltlich vertreten zu lassen. Diese Konsumhaltung vermittelt nicht gerade den Eindruck, daß wir entschlossen sind, unser Leben in die eigenen Hände zu nehmen.
Die Demo ist zwar am geplanten Ort der Abschlußkundgebung angekommen, aber um welchen Preis? Angesichts der Bullen-Provokationen hätte es weitaus sinnvoller sein können, die Demo vorzeitig zu beenden, um überhaupt wieder das Heft des Handelns in die Hand zu kriegen und sich nicht nur im Rahmen des Bullenkonzepts zu bewegen. So kam uns die Rolle von Statisten in einer staatlichen Machtdemonstration zu. Es mag zwar ein positiver Nebeneffekt sein, wenn das offene Auftreten des Polizeistaates manche Augen öffnet, aber unsere Aufgabe ist es nicht den Staat zu outen, sondern ihn zu bekämpfen; zu zeigen, daß Widerstand möglich ist. Völlig in der Defensive richteten sich selbst die Parolen nicht mehr gegen das herrschende System sondern nur noch gegen dessen Büttel. Streckenweise vermittelte sich der Eindruck eines revolutionären Opferganges.
Wir sollten uns überlegen, ob andere Konzepte für den 1.Mai nicht lohnender wären. Eine realistischere Einschätzung unserer derzeitigen Stärke und der Strategie unserer Feinde tut Not. Was nutzen uns wohlklingende Heldenrezepte, wenn wir es uns sogar verbieten lassen eine Sonnenbrille zu tragen? Der eigenen Glaubwürdigkeit zuliebe sollten wir uns weniger um den revolutionären Pathos von Hochglanz-Werbung bemühen als vielmehr darum, die propagierte Politik auch einzulösen und tatsächlich kämpferisch und entschlossen zu handeln.
Nun zur These, daß uns enge Strassen in Wohngebieten militärtaktische Vorteile bieten. Genau dort wurden von den Bullen die schärfsten Angriffe auf die Demo geführt. An potientiellen Angriffszielen wie Banken oder den Hackeschen Höfen wurde aus guten Gründen auf Eskalation verzichtet und Objektschutz durchgeführt. Die Zeiten der offenen Höfe und Hauseingänge sind ebenfalls weitgehend vorbei, über ausreichende Ortskenntnisse verfügen nur wenige. Unter diesen Umständen ist es für die Bullen ein Leichtes vorne und hinten dicht zu machen, Leute abzugreifen und reinzuknüppeln. Ohne die Möglichkeit abzuhauen kann Angst leicht zur Panik werden - an Angriff ist nicht mehr zu denken. Wären wir, wie von einigen gefordert, direkt zu den „Zentren der Macht" gezogen, hätten wir eine bessere strategische Position gehabt, da das System um seine Glaspaläste fürchtet. Wir hätten es den Verfechtern von Law&Order wirklich schwerer machen können, ihre Belagerung ganzer Stadtbezirke in den Medien als Sieg zu zelebrieren. Wenn weniger mit stolz geschwellter Brust auf den letzten 1.Mai gekuckt worden wäre (den wir so glorreich nicht fanden) hätten die Erkenntnisse aus der eigenen Geschichte die Verluste auf der Demo verringern können. Hier wäre es unserer Ansicht nach sinnvoll zu diskutieren, was wir von einer revolutionären 1.Mai Demonstration erwarten, welche Stoßrichtung sie haben soll. Hoffen wir, damit die Menschen in den Bezirken von unseren Ideen begeistern zu können? So wohl nicht. Für uns macht diese Demo nur dann weiter Sinn, wenn es darum geht, die Mächtigen in ihren Chefetagen, Institutionen, Luxussuiten...so direkt wie uns irgend möglich ist anzugreifen. Und nicht nur an diesem Tag.

Autonomes Kommando Andrea Nahles





Der 2. Juni rät:

Etwas Bewegung kann nicht schaden:

Diskussion/Workshops/Filme/Ausstellung & Ausflug zur Bewegung 2. Juni

Fr-19h-/Sa-10h-/So-10h-

30. Mai - 1. Juni 97 in der SfE (Schule für Erwachsenenbildung)/Mehringhof/Gneisen-austr. 2a/ Aufgang 3/ 3.St.



1997 jährt sich zum dreißigsten Mal der 2. Juni 1967. Auf einer Anti-Schah Demonstration wurde der Student Benno Ohnesorg von einem Polizisten erschossen. Dieses Datum steht für den beginnenden politischen und kulturellen Aufbruch der 68er Protestbewegung. Anfang der 70ziger zeichneten sich drei Entwicklungslinien aus der abflauenden 68 Revolte ab: die Dogmatisierung in Form der K-Gruppen, der "Marsch durch die Institutionen" und der Aufbau von Stadtguerillagruppen. "Im Januar 1972 schlossen wir uns zur Bewegung 2. Juni zusammen. Das war ein Datum, welches alle noch miteinander verband, Studenten wie Jungproleten. Alle wußten was der 2. Juni bedeutete." (Reinders/Fritzsch)
Die Bewegung 2. Juni ist in Westberlin aus einer sich allmählich politisierenden Subkultur heraus entstanden. Die Randale beim Stoneskonzert 1965, (die "Stones" spielten schlecht und kosteten 20 DM), die Aktionen der Haschrebellen und eine Vielzahl von militanten Aktionen (z.B Tupamaros Westberlin) bildeten neben dem antimperialistischen Bezug (Vietnamkomgreß ´68), dem weltweiten Aufschwung antikolonialer Kämpfe die Grundlage für die Bewegung 2. Juni als "bewaffneter Arm der Linken". Es sollte eine Gegenmacht aufgebaut werden, die sozial verankert, die vermeintliche Allmacht des Staates an exemplarischen Punkten brechen sollte. "Es ging schon darum, eine Gegenmacht aufzubauen, den Widerstand zu stärken.. Daß wir mit zwei Dutzend Leuten den Staat besiegen können, wäre ja eine absurde Vorstellung gewesen- so läuft das ja nicht."(Fritzsch)

Wir wollen zusammen mit allen Interessierten darstellen, aus welcher allgemein politischen Entwicklung heraus und mit welchen Utopien sich Frauen und Männer millitant/bewaffnet organisiert haben. Dabei soll im Zentrum die *Bewegung 2. Juni* stehen, von deren antiautoritären Zielen und ihrer spezifischen Organisierung als Stadtguerilla wir auch heute viel lernen können. 1975 gelang es der *Bewegung 2. Juni* , fünf Inhaftierte der millitante/bewaffneten Linken sowie zwei inhaftierte Demonstranten gegen den zuvor entführten Landesvorsitzenden der CDU, Peter Lorenz, auszutauschen. Der "Populismus" der Bewegung, der das politische Denken im Blick hatte und nicht den verdinglichten Kampf, ermöglichte eine realistische Einschätzung der gesellschaftlichen Realität und sollte unnötige Opfer auf beiden Seiten vermeiden. In diesem Sinne war die "Lorenz-Entführung" ein voller Erfolg. Trotzdem gab es Dramen, einige Mitglieder der Bewegung 2. Juni wurden von der Polizei erschossen. Die Bewegung spaltete sich 1980 endgültig in einen sozialrevolutionären und antiimperialistischen Flügel.
Erst mit der Aneignung und der Vermittlung linksradikaler Politik können Bezugspunkte für heutige Kämpfe sichtbar werden. Gleichzeitig soll der Umschreibung linksradikaler Geschichte durch den herrschenden historisierenden Blickwinkel eine eigene Sichtweise entgegengestellt werden. Dabei kristallisieren sich viele Fragen heraus, die wir diskutieren wollen: Wie ist es möglich, aus der Geschichte zu lernen? Wie können antiautoritäre Impulse wieder vermittelt werden? Wie kann eine weitergehende Perspektive entwickelt werden und mit welchen Zielsetzungen? ....
Wir hoffen mit allen Interessierten und einigen EX- Guerilleros/as in eine gleichberechtigte Diskussion zu treten.

Freiheit für Alle! politischen Gefangenen!

Der 2. Juni rät:

Etwas Bewegung kann nicht schaden - Veranstaltungstermine:

Freitag/30. Mai:

19h: Auftaktveranstaltung:
- Eröffnung der Ausstellung zur Bewegung 2. Juni: "So ein Tag so wunderschön wie heute"
- Gig-off: Schwarze Risse- Band spielt das "Peter Lorenz-Lied"
- Abriss der historisch- gesellschaftlichen Rahmenbedingungen: Der 68er Aufbruch im internationalen Kontext
- Kurze Einführung in die Workshops

21h: 1.Workshop: Politisierung in der deutschen Film- und Fernsehakademie (DFFB) Ende der 60er Jahre/Diskussion anhand von Filmbeispielen

Samstag/31. Mai:

14h: 2. Workshop: Vergleich von sozialrevolutionärem und antiimperialistischem Ansatz (Vergleich von Bewegung 2.Juni und RAF).

Im Herzen der Bestie kämpf(t)en alle, egal ob sie ihren Schwerpunkt eher auf die Erkämpfung von Freiräumen in den Metropolen selber (z.B Häuser- und Lohnkämpfe) oder primär in der Unterstützung der Befreiungsbewegungen im Trikont (z.B. Vietnam, Nicaragua, Angola..) sahen bzw. sehen.
Die Bestie ist geblieben!
Im Gleichklang der Lobeshymnen auf das "Ende der Geschichte" drohen die Erfahrungen aus den verschiedenen Widerstandstraditionen in Vergessenheit zu geraten oder verharmlost zu werden (Che wird zur Pop-Ikone) und in der DDR gab es nach dem Bild der Massenmedien zu urteilen scheinbar nur "anschlußfreudige" BürgerechtlerInnen. Dagegen wollen wir mit Euch zusammen diese Veranstaltung gegen den Zeitgeist setzen. Wir hoffen aus der Beschäftigung mit dem Erfahrungsschatz des linksradikalen Widerstands heraus Perspektiven für die heutige Situation zu entwickeln, dabei sind wir auf ein gleichberechtigtes Einfließen Eurer Positionen in dieser Auseinanderstzung angewiesen. Es geht um die Frage, was wir heute aus diesen beiden Versuchen lernen können.
Sich gegen die herrschende Lähmung in Bewegung setzen!

19h: 3. Workshop: Filmbeitrag in Kooperation uruguayischer und deutscher Frauen: ...und plötzlich sahen wir den Himmel!"... y de repente vimos el cielo". Frauen in Stadtguerilla und Alltagskämpfen.

Die Idee des Films war es, widerständige Frauen in verschiedenen Ländern aufzuspüren und von ihren kleinen und großen Kämpfen erzählen zu lassen, die in der Geschichtsschreibung entweder unterschlagen oder mystifiziert werden. Auch in der deutschen Linken ist der Mythos von der bewaffnet kämpfenden latainamerikanischen Guerillera weit verbreitet, der den Blick für die alltäglichen Kämpfe von Frauen verstellt. Der Film beginnt in den sechziger Jahren in Uruguay und BRD und handelt von der Zeit der Politisierung, von Widerstand und Gefängnis, von Kindern, von Hoffnung und Niederlagen, Verletzungen, Stärken und Ängsten, von Liebe, den besten Jahren und düsteren Zeiten und der Frage nach der heutigen Perspektive. Er zeigt Gemeinsamkeiten und Trennendes und daß es ähnliche Fragen in verschiedenen Kontinenten gibt.

21h: Party, Chill-out mit diversen Djanes und Djs

Sonntag 1. Juni:

14h: 4. Workshop: Verhältnis/Wechselbeziehung von linker Bewegung und Stadtguerilla am Beispiel der Bewegung 2. Juni

Das Verhältnis und die gegenseitige Bezugnahme von Bewegung und Stadtguerilla ist ein Schlüsselproblem für die Wirksamkeit und Entfaltungskraft linken/linksradikalen Widerstands. Um uns einer Perspektivdiskussion annähern zu können, müssen im Vorfeld einige Begriffsklärungen erfolgen:
Was charakterisiert die 68´-Bewegung und was unterscheidet sie von den Mitte der 70er Jahre entstehenden ´Neuen Sozialen Bewegungen´ (NSB)? Was zeichnet überhaupt eine linke/linksradikalen Bewegung inhaltich, praktisch und strukturell aus? Und überhaupt - als was ist unsere ´Polit-Subkultur-Szene´ vor dem Hintergrund bewegungsarmer Zeiten zu bezeichnen? Als Restbestand vormaliger Bewegungshochs?
Wenn wir gerade bei Begriffsdefinitionen sind: Wir werden einige Aussagen von Vertretern ´klassischer´ Guerillatheorien (schwerpunktmäßig Che und Debray) zur Rolle von Stadtguerillastrukturen in Konzepten ländlicher Guerillapolitik zusammentragen und auf explizite Stadtguerillaansätze (MLN-Tupamaros, ALN in Brasilien (Marighela)) verweisen, um den theoretischen und praktischen Hintergrund für Stadtguerillapolitik in den Metropolen aufzeigen zu können.
Wir wollen uns darüber hinaus mit den beiden hauptsächlichen Ansätzen hinsichtlich des Verhältnisses von Bewegung und Stadtguerilla befassen: Zum einen mit dem Ansatz, daß der bewaffnete Kampf der Stadtguerilla als Strategie und Zentrum revolutionärer Politik zu verstehen ist, und daß sich um den Guerillakern die Bewegung entwickeln muß. Zum anderen mit dem Ansatz, daß der bewaffnete Kampf der Stadtguerilla als eine Methode revolutionärer Politik zu begreifen ist, und sich die Guerillapolitik an den Intentionen der Basisbewegungen orientieren muß.
Eingangs soll es also um eine knapp gehaltenen begriffliche Verständigung gehen.

Zudem wollen wir die Positionen der Bewegung 2. Juni zum Verhältnis von linker/linksradikaler Bewegung und ihrer Stadtguerillagruppe anhand von Texten vor ihrer ´Auflösung´ 1980 und autobiographischen Reflexionen nachzeichnen und beleuchten.
Anschließend wollen wir exemplarische Aktionen der Bewegung 2. Juni herausgreifen und besprechen, in welcher Form sie vermittelt und verankert waren sowie welche Resonanz sie in der linken Bewegung und Bevölkerung fanden.

Abschließend geht es um Fragestellungen und deren ansatzweise Beantwortung zu Perspektiven des Verhältnisses von Bewegung/Szene und Stadtguerilla: Welches der Stadtguerilla-Konzepte findet am ehesten Zustimmung in Basisbewegungen? Bleibt nur die ´populistische´ Variante, um ´massenfähig´ zu werden? Wieviel Autonomie kann/soll sich eine Stadtguerilla bei ihrer Aktionsmittelwahl und -durchführung herausnehmen? Ist eine einseitige Abstimmung und Ausrichtung auf die Politik von Bewegungen der Weisheit letzter Schluß? Kann die Bewegung aufgrund ihrer unübersichtlichen und amorphen Struktur ein verläßlicher Orientierungspunkt für Stadtguerillapolitik sein? Existiert ein unauffhebbbarer Widerspruch zwischen den legalen Politikformen der Bewegung und der illegalen Praxis einer Stadtguerilla..?
Ihr werdet fragen: "Die Sache ist doch inhaltlich ziemlich überfrachtet?"- Richtig.
Dennoch laßt uns (wieder) anfangen über linke/linksradikale Widerstandsformen zu reden!

19h: Abschlußveranstaltung:
Was sind die Inhalte, Formen und Perspektiven des linksradikalen Widerstands heute?

V.i.S.d.P: Konrad Lorenz, Schenkendorfstr.7, 10965 Berlin

Interview zum radikal-Verfahren

"... dazu beitragen, den 'Mythos radikal' aus den Köpfen zu kriegen"

Neun Hauptbeschuldigten im 'radikal-Verfahren' soll in diesem Jahr der Prozeß gemacht, die 'radikal' zur "kriminellen Vereinigung" erklärt werden. Aber obwohl dieses Verfahren bundesweite Bedeutung hat und Auswirkungen auf große Teile der Linken haben könnte, scheinen sich Beschuldigte wie 'Soliszene' schwer zu tun.

Das dürfte nicht nur daran liegen, daß die Prozesse und ihre Vorbereitung viel Kraft und Zeit kosten (werden), sondern hängt wohl auch mit - nicht nur - 'internen Problemen' zusammen. Dazu gehört der Vorwurf, daß einige ihre Wohnung nicht sauber genug gehalten hätte, wodurch andere (zusätzlich) beschuldigt werden konnten - sagt nicht nur die Bundesanwaltschaft. Oder daß öffentlich über Dinge geredet werde, über die besser zu schweigen wäre, wozu Interviews mit der internationalen Presse genauso gehörten wie Plauderein über Fluchtländer - sagen zumindest Teile der 'Soliszene'. Um diese und andere Fragen dreht sich das Interview mit Matthes, der Ende November als letzter derjenigen, die sich während der bundesweiten Razzia am 13.6.95 der Verhaftung entziehen konnten, wieder auftauchte:

Matthes, seit Ende November bist Du wieder in Bremen, wie ist es Dir denn inzwischen ergangen?

Matthes: *So weit, so gut! Die Anfangszeit war für mich dadurch geprägt, erstmal alles mitzukriegen, was so abgeht. Da war die Solibewegung und die verschiedenen Leute, zum größten Teil waren sie mir ja nicht bekannt und auch nicht, wofür sie standen. Das alles dann selber mitzubekommen war schon eine andere Qualität.*

Was mir noch gut in Erinnerung ist, ist mein Ankommen in Bremen. Bei dem inoffiziellen Teil war ich auf einmal mit zig Leuten zusammen, die ich seit dem Abtauchen nicht mehr gesehen habe. Das war eine überwältigende Situation. Der offizielle Teil lief eher wie ein Programm ab, so wie es diskutiert war. Das hat mich sehr überrascht und erfreut. Dennoch war es für mich eigentlich nur Streß - permanente Spannung. Auf diesem Weg will ich nochmal allen danken, die ihren Teil dazu beigetragen haben, daß alles gelungen ist.

Dann wurde schnell klar, daß ich erstmal nicht in den Knast muß. Auf dieser Wolke bin ich dann so langsam angekommen. Das hat auch in gewissem Maße Spaß gemacht. Alles mußte ich neu kennenlernen, denn 1 1/2 Jahre sind auch hier in Bremen nicht ohne Veränderungen vorbeigegangen, Beziehungen und auch Treffpunkte haben sich verschoben.

Als ich dann so langsam in Bremen wieder Boden unter den Füssen verspürte, kam aber auch ein wenig Heimweh auf. Ich habe ja wieder einen Bruch machen müssen. Es ist eine traurige Situation, zu wissen, es beginnt ein neuer Abschnitt und ich kann wieder nicht das machen, was ich will, sondern muß gucken, was die Bullen und die Justiz von mir wollen. Nach einiger Zeit werden hoffentlich die Auflagen aufgehoben und der Haftbefehl außer Kraft gesetzt, wie bei den anderen vier Beschuldigten.

radikal

Bezugsadresse: äußerer Umschlag: Ravage, Van Ostadestraat 233, NL-1073 TN Amsterdam; innerer Umschlag: Z.K.

radikal online: http://www.xs4all.nl/~tank/radikal

Du hast den größten Teil der Zeit, in der Du weg warst, in den Niederlanden verbracht - und das auch öffentlich verkündet. An diesem Verhalten hat es Kritik aus der hiesigen Solibewegung gegeben, denn eigentlich sei es immer Praxis der radikalen Linken gewesen, über 'so etwas' nicht zu reden. Oder, um es mit der RAF zu dem allerdings einigermaßen anders gelagerten 'Fall' Christoph Seidler zu sagen: 'Aussagen über illegale Strukturen und geheime Orte des Exil sind und bleiben absolut abzulehnen'...

Matthes: *Ja, diese These ist mir auch zu Ohren gekommen. Ich will mich bei meiner Antwort nur auf meinen Fall beschränken. Es gab schon längere Zeit vor dem Bekanntwerden meines Aufenthaltslandes Diskussionen darüber, wie mensch diesen Fall der Kriminalisierung einer Zeitung im Ausland publik machen kann. Einige rieten mir, ich solle doch Pressekonferenzen in dem Land machen, in dem ich mich aufhalte. Das habe ich zu diesem Zeitpunkt noch abgelehnt, vor allem weil mir nicht klar war, um welchen Schwerpunkt es gehen soll.*

"... schon öfter vorgekommen, daß Leute ihre Aufenthaltsländer kundtaten."

Dann gab es das Angebot, einen Artikel in einer überregionalen, niederländischen Zeitung veröffentlichen zu können, das auch einigen Leuten weitervermittelt wurde. Die einzige Reaktion, die ich daraufhin bekam, war, daß es schön und doch toll wäre, Öffentlichkeit zu schaffen. Ich sah es schon als schwierig an, was mensch da erzählen soll. Denn was in Deutschland beschissen ist, ist in abgewandelter Form in den Niederlanden auch beschissen. Außer einer braunen Vergangenheit sind die Niederlande auch ein durch und durch kapitalistisches Land. Sexismus sieht mensch auch überall und die Abschiebepolitik ist z.T. noch schärfer als in Deutschland. Was dann bleibt, ist einige Nuancen zu vermitteln, die es natürlich gibt. So kommt es dann auch zustande, daß mensch bei öffentlichen statements über das redet, womit mensch sich gerade beschäftigt.

Für mich war es auch kein Bruch mit linken Prinzipien. Dieses ungeschriebene Gesetz ist in der Hinsicht völliger Quatsch, weil es von einer bestimmten Analyse ausgeht. Diese wird bei der Kritik nicht öffentlich gemacht und ich will darauf auch jetzt hier nicht näher eingehen. Wenn aber noch Klärungsbedarf besteht, werde ich auf diese Analyse näher eingehen.

Wenn mensch sich die linke politische Geschichte anschaut, dann ist es schon öfter vorgekommen, daß Leute ihre Aufenthaltsländer kundtaten. So war z.B. bekannt, daß Leute nach Nicaragua abgehauen sind, als es dort noch anders abging. 1984 ist auch schonmal jemand in die Niederlande geflohen, der wegen Mitarbeit an der radi angeklagt werden sollte. Er wurde dann bei der taz Auslandskorrespondent für die Benelux-Staaten. Davon abgesehen sind die Niederlande seit jeher ein bekanntes und beliebtes Fluchtland, wenn mann nicht zur Bundeswehr gehen will.

Ich will mit diesen Beispielen sagen, daß es immer darauf ankommt, abzuwägen, ob es an dem Punkt, an dem mensch steht, mehr Sinn macht, sich still zu verhalten oder es gerade sinnvoll ist, sich zu äußern und mit dieser Geschichte internationale Öffentlichkeit zu schaffen. Für mich hielt sich das Risiko in Grenzen - ich konnte von einem halben Jahr U-Haft ausgehen, alles andere hätten weitere Anklagepunkte beinhalten müssen. Als weiteres gab es die Diskussion, ob es sinnvoll ist, sich in den Niederlanden zu stellen, was so oder so ein Öffentlichmachen des Fluchtlandes bedeutet hätte. Durch den Artikel wurde im voraus eine Öffentlichkeit hergestellt, denn ohne diese hätte ich mir ein Stellen überhaupt nicht vorstellen können. Desweiteren wurde eine wichtige Grundlage für die Soliarbeit geschaffen, falls ich überraschend durch die Bullen abgegriffen worden wäre.

Als letztes will ich noch hinzufügen, daß sie laut der Akten, die ich inzwischen einsehen konnte, schon seit den Durchsuchungen vom 19.12.95 aufgrund von gefundenen Unterlagen davon ausgegangen sind, daß ich mich in den Niederlanden aufgehalten habe. Aufgrund dieser Tatsache kann nicht mehr ernsthaft behauptet werden, ich hätte ein Fluchtland preisgegeben! Es kann niemand mehr auf den Gedanken kommen, daß dadurch den Bullen Tür und Tor geöffnet wurde, um Ermittlungen fortführen zu können.

Mir war es in dieser Situation natürlich auch wichtig, in die Offensive zu gehen. Ihnen einfach zu sagen: 'Na und, was wollt ihr?! Ich bin in den Niederlanden und da bleibe ich, solange wie ich Lust habe, und ich kehre dann zurück, wenn ich es will.' Das ist in meinen Augen auch ganz gut gelaufen.

Dem gegenüber stand das Risiko, dadurch die Aufmerksamkeit der deutschen Bullen auf sich zu ziehen und sich und sein Umfeld stärker zu gefährden, was wir aber in Abwägung in Kauf genommen haben. Vielleicht muß ich noch ergänzen, daß sich die Leute, die mich unterstützt haben, auch durchaus des Risikos bewußt waren. Die Entscheidung ist gemeinsam gelaufen und deshalb muß ich eigentlich von 'unserer' und nicht 'meiner' Entscheidung sprechen.

In der Soliszene wird immer noch gern der Begriff 'Exil' für die Situation in der Du Dich - wie auch die im Juni 1996 Wiederaufgetauchten - befunden hast, benutzt. Was stört Dich daran?

Matthes: *Am Anfang habe ich den Begriff selbst verwendet. (Dazu ist wichtig, sich zu vergegenwärtigen, daß 'Exil' sich schon in der Zeit vor meinem Abtauchen in den Köpfen eingeprägt hatte - durch verschiedene andere Begebenheiten, wie das Abtauchen der drei, die wegen K.O.M.I.T.E.E gesucht werden, und das Wiederauftauchen von Leuten aus dem Kaindl-Verfahren.) Mit dieser subjektivistischen Sicht fühlte ich mich aber ab einem bestimmten Punkt nicht mehr wohl. Mir kam es überzogen vor, meine Situation zu vergleichen mit der von Leuten, die das Exil benutzen als einen Ort, um auf die Situation ihres Landes aufmerksam zu machen. Jemanden, der sich seit Jahren in der autonomen Szene bewegt, sollte es eigentlich klar sein, warum sie ihn verfolgen, da die sich ja bekanntlich gegen das Projekt Deutschland und alles, was damit zusammenhängt, richtet.*

"Mir kam es überzogen vor, meine Situation mit der von Leuten im Exil zu vergleichen ..."

Die Repression ist in anderen Regimen viel härter als in der BRD. Dort sind ganze Schichten betroffen, Künstler können nicht mehr ihren Ideen nachgehen, politische GegnerInnen werden auf offener Straße umgebracht. Es herrscht eine für große Bevölkerungsteile erfahrbare Unterdrückung. Aus diesem Grund versuchen Menschen dann, in anderen Ländern eine Chance wahrzunehmen, um diese Zustände zu vermitteln. Ich hätte natürlich auch was zu dem Projekt Deutschland sagen können, aber dann hätte ich auch nicht zu den Niederlanden schweigen können, weil es eben doch das gleiche gesellschaftliche Modell und ähnlich strukturiert ist. Dies fiel mir erst später auf, um so länger ich darüber nachdachte.

Dann ist mit dem Begriff 'Exil' auch ein Status verbunden. Dieser Status beinhaltet ein begrenztes oder längeres Aufenthaltsrecht. Wenn dieser erlangt ist, kann eigentlich erst die politische Arbeit beginnen, weil es sonst sehr schwer ist, sich öffentlich zu artikulieren. Um es kurz zu sagen: Ich verbinde mit dem Begriff Exil einen legalen Status. Den hatte ich nicht und er wäre mir und auch den anderen, die wegen Kaindl oder dem K.O.M.I.T.E.E gesucht werden und wurden, niemals in der westlichen Hemisphäre gewährt worden. Somit ist die Griffigkeit des Begriffs 'Exil' sehr schön, geht aber an der Situation vorbei.

Wie sah denn Dein Leben in den Niederlanden aus? Gab es es nach einer gewissen Eingewöhnungszeit wieder so etwas wie einen 'normalen Alltag'?

Matthes: *Für die erste Zeit kann ich von einem 'normalen Alltag' nicht sprechen. Meine Situation war sehr heftig wegen der Unsicherheit darüber, was eigentlich passiert ist und wie es weitergehen wird. Zum Glück hatte ich sehr schnell eine sichere Unterkunft und konnte mich ein wenig sammeln. Das einzige, was einem in dieser Situation immer wieder einfällt, ist die Frage 'Was mach' ich denn nun?'. Darauf konzentriert sich alles, mein ganzes Verhalten war davon bestimmt. Mensch kann sich nicht mehr 'zurückziehen'. Du lebst in einer Ausnahmesituation und diese konnte ich eigentlich bis zum Auftauchen nicht ablegen. Und auch heute taucht das Gefühl an verschiedenen Punkten immermal wieder auf. Es ist einfach kein 'normaler' Zustand.*

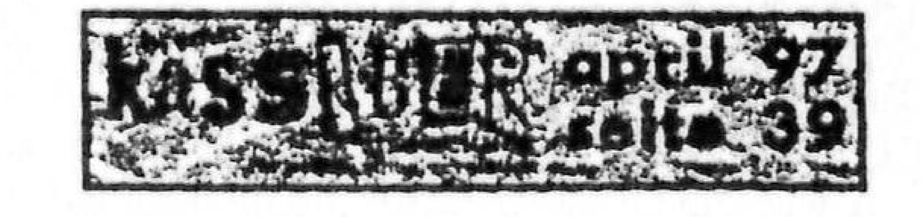
Schon bevor ich abtauchte, lebte ich in einer recht sensiblen Situation. Aus den Akten geht hervor, daß ich seit geraumer Zeit überwacht wurde. Die Überwachung ging vom Abhören des WG-Telefons über eine Kamera, die auf die Haustür gerichtet

Eröffnung des Koblenzer 'radikal-Verfahrens' abgelehnt

Der Staatsschutzsenat des OLG Koblenz hat am 5. März die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Rainer P. aus Münster, Andreas E. und Ralf M. aus Hamburg und Werner K. aus Berlin abgelehnt. Die vier Männer sollen lt. Staatsanwaltschaft Mitglieder einer "kriminellen Vereinigung radikal" sein. Die Angeklagten waren bei der bundesweiten Razzia am 13.6.95 festgenommen worden und saßen bis Anfang Dezember 1995 in Untersuchungshaft.

Das OLG sieht sich weder als räumlich noch instanzlich zuständig für dieses Verfahren. Die Anklageerhebung nach § 129 wird abgelehnt, da kriminelle Vereinigungen eine *"auf Begehung eigener strafbarer Handlungen gerichtete Zielsetzung"* verfolgen würden - die mutmaßlichen *radikal*-Redakteure sollen aber nur dazu aufgefordert haben. Die nach § 129a (Unterstützung terroristischer Vereinigungen) wird abgelehnt, da der Paragraph sich darauf richte, *"als Nichtmitglied einer terroristischen Vereinigung deren Fortbestand oder die Verwirklichung ihrer Ziele zu fördern, mithin letztlich dem Handeln anderer dienlich zu sein"*. Das sieht der Senat bei der *radikal* als nicht gegeben an. Die betreffenden Ausgaben der *radikal* seien inzwischen entweder verjährt (nach drei Jahren lt. Länderpressegesetzen: dies betrifft die Nummern 148 und 149) bzw. das OLG sieht wiederum nicht seine Zuständigkeit. Letzteres betrifft genauso die angebliche Steuerhinterziehung.

Die Staatsanwaltschaft hat am 14. März, einen Tag nachdem den vier Betroffenen diese Entscheidung zuging, Beschwerde eingelegt. Ob das Verfahren demnächst durch die BAW an ein anderes, verurteilungswilliges OLG abgegeben wird, bleibt abzuwarten. Die Entscheidung des OLG Koblenz hat indes keine direkten Auswirkungen auf das Verfahren vor dem OLG Düsseldorf gegen die anderen fünf Hauptbeschuldigten (hier gibt es bisher aber weder eine Anklageschrift noch eine Terminierung).



war, Observationen von Urlaubsfahrten bis hin zu Wanzen im Auto. Dies blieb natürlich nicht alles völlig unbemerkt.

Aber das war dann mit einemmal vorbei. Einerseits konnte ich mich zurücklehnen und versuchen zu entspannen. Das habe ich dann auch ausgiebig gemacht. Die Phase der Anpassung dauerte nur eine kurze Zeit und dann merkste: Dir sieht ja sowieso niemand an, wer oder was du bist und auch nicht, daß du aus Deutschland kommst. Danach ging es ein wenig besser. Das Leben normalisierte sich auf einem beständigen Spannungsniveau. Es begann auch Spaß zu machen. Das hing stark mit meinem Umfeld zusammen. Es war spannend, Leute gleich 'von Null auf Hundert' kennenzulernen. Nicht die lange Phase des Kennenlernens zu durchstreifen, sondern meine Story lag auf der Hand und das interessierte die Leute - und mich interessierten natürlich ihre Stories. Ich wollte ja von dem Land und den Leuten was mitbekommen und das lief dann auch recht gut.

Das hört sich jetzt alles ein wenig romantisiert an. Es gab auch sehr beschissene und einsame Tage. Meine Ansprüche reduzierten sich auch auf einige wenige Sachen und ich mußte mir Neues suchen. Das dauerte aber einige Monate, bis sich das dann realisiert hat. Manchmal war ich auch einfach zu träge und habe meinen Arsch nicht hochgekriegt.

Wie schätzt Du als interessierter Leser linksradikaler Zeitungen die Bedeutung der *radikal heute ein - auch im Vergleich zu anderen (halb-)legalen, auf jeden Fall nicht allzu klandestin produzierten und vertriebenen Publikationen? Kann es sein, daß die ehemalige 'Bewegungszeitung' heute im wesentlichen nur noch von ihrem Mythos des 'Radikalen', des 'Gefährlichen' oder von - auch werbewirksamen - Kriminalisierungsaktionen wie am 13.6.95 und danach lebt?*

Quo vadis hat in einem Diskussionspapier (1) quasi die Existenzfrage gestellt: 'Die Zeiten haben sich geändert und die 'radikal' auch. Die 'radikal' war in den letzten Jahren kein Sprachrohr der Szene, kein Feld kontroverser und fruchtbarer Auseinandersetzung, kein Blatt, das sich sonderlich für die Diskussion feministischer Positionen interessiert hat, keine Provokation, nur beschränkt ein Medium unterdrückter Nachrichten, keine Orientierung in der theoretischen Diskussion.'

***Matthes:** Der Schlag am 13.6.95 ist ein Einschnitt gewesen, durch dessen propagandistische Wirkung die radikal aber an Bedeutung gewonnen hat. Vorher war sie sicher eine Zeitung des linksradikalen Spektrum, die eine große, überregionale Reichweite hatte und dadurch auch in einigen Diskussionen richtungsweisend war. Sie erscheint kontinuierlich seit 20 Jahren und spiegelt im Grunde die Bewegung wider, was mensch auch so bewerten kann, daß sie in den letzten Jahren an Bedeutung verloren hat.*

Sicher war es auch ein Verlust, daß 1992 einige Gruppen aus der radi ausgestiegen sind (2), wodurch explizit Artikel von Frauen abgenommen haben. Das war, im Nachhinein gesehen, bestimmt eine ungünstige Entwicklung. Die andere Seite dieses Konflikts war bestimmt, daß sich die Arbeit auf weniger Gruppen verteilte, was sich immer auch auf Inhalte und Arbeitsweisen auswirkt. Dennoch gab es inhaltliche Anstrengungen wie 'Gegen das Vergessen' (GDV) oder die ausführliche Auseinandersetzung über die Organisierungsdebatte in bezug auf die AABO oder auch die OLGA.

Die radi hat aber auch noch eine andere Bedeutung, die über bloße Zeitungsmachen hinausgeht. Sie ist eine bundesweite Struktur und versucht dies auch auszudrücken, mit allen Fehlern und Schwächen. Sicher kann mensch die Kritik aus dem Quo-vadis-Papier nachvollziehen. Aber diese Kritik beruht auf einem Verständnis, daß der radi eine Art Avantgardefunktion zuschreibt. Die hatte und hat sie nicht, auch wenn sich vielleicht einige gerne darin sähen und der sog. Mythos radikal weit verbreitet ist.

Für mich war die radi immer nur eine Zeitung, die Diskussionen dokumentiert, nach neuen Ansätzen sucht und an die LeserInnen vermittelt. Das ist ihr ab und zu gelungen. Sie ist nunmal ein Medium für eine diffuse linksradikale Szene - ein ingroup-Medium. Im Unterschied zu anderen Zeitungen, wie Arranca, 17°C oder auch dem Kassiber, bei denen es eine Redaktionsgruppe gibt, wurde bei der radi versucht, durch verschiedene Gruppen mit verschiedenen Schwerpunkten eine Offenheit, was die Themen angeht, zu erreichen.

Durch die verschiedenen Gruppen, die die Inhalte zusammenstellen, sie produzieren und verteilen, kommt auch nicht die 'inhaltliche Strömung' zum Ausdruck und kann sich durchsetzen. Von außen betrachtet ist es eben ein heterogener Haufen. Die einen versuchen eher durch Theorie Zusammenhänge zu vermitteln, wie im GDV. In der OLGA hat sich scheinbar eine praxisorientiertere Gruppe zusammengesetzt, wo dann neben längeren Artikeln auch Berichte von besetzten Häusern oder Demos ihren Raum finden. Aber auch kleinere militante Aktionen haben ihren Platz, wie z.B. die allseitsbeliebte Wagensportliga. Dazwischen erscheinen dann wieder Texte zu Rassismus und Flüchtlingen von anderen Gruppen. Das alles drückt sich in der radi aus und macht sie auch spannend.

Ich hatte beim Lesen der radi zumindest das Gefühl, daß sie versucht, verschiedene Herangehensweisen und Positionen zum Ausdruck zu bringen. Dies kann Gruppen, die zu einem bestimmten Thema arbeiten, wie z.B. zu Feminismus, zu wenig sein. Oder auch den Leuten von Quo vadis, die versuchen, ihren Frust an den Schwächen der radi abzulassen. Wenn sie mit der gleichen Schärfe ihren Artikel mal hinterfragen würden, dann würden sie sicher einige Kriterien, die sie benennen, bei ihrer eigenen Organisierung wiederfinden. Ich würde mit ihnen mal gern darüber zu diskutieren.

"Die beiden letzten Nummern der radikal hatten ja auch schon einen anderen Lesewert als die Ausgaben vor dem 13.6.95."

Den Versuch, eine repräsentative Entwicklung in der radikalen Linken zu vermitteln, hat die radi in meinen Augen erfüllt. Das außer acht zu lassen, ist eine Oberflächlichkeit, die ich dem Quo-vadis-Artikel und auch dem Text der Lesben im ID-Archiv (3) unterstellen würde. So werden einige Sachen rausgepickt und dann daran eine Analyse entwickelt. Aufgefallen ist mir z.B., daß die radi sich bisher in keiner Äußerung, die ich gelesen habe, selbst als feministische Zeitung definiert hat. Es war eine Patriarchatskritik enthalten und manchmal gab es auch ausdrücklich feministische Texte. Außerdem wird eine Analyse, ohne den geschichtlichen Hintergrund zu beachten, verzerrt oder fällt ganz einfach falsch aus.

Um auf die Frage zurückzukommen: Der Bekanntheitsgrad ist natürlich durch die letzte Aktion immens gestiegen. Dadurch hat sie jetzt die Möglichkeit, auf einer neuen Basis weiterzumachen: Die beiden letzten Nummern hatten ja auch schon einen anderen Lesewert als die Ausgaben vor dem 13.6.95. Sie hat in meinen Augen auch inhaltlich gewonnen. Andererseits ist der Versuch, jetzt mal zu gucken, was eine bundesweite linksradikale Zeitung für eine Bedeutung hat, sicher noch spannend.

Solikonten

Bremen ('gemischtes Plenum'): Rote Hilfe, Stichwort "13.6.", Konto 481912206, Postbank Hamburg (BLZ 200 100 20)

Bremen (Frauen/Lesben): "Soli", Konto 10684850, Die Sparkasse in Bremen (BLZ 290 501 01)

Bundesweit: Rote Hilfe e.V., Konto 719 007 56, Berliner Bank (BLZ 100 200 00)



Die radikal hat als Sprachrohr einer sich möglichst radikal gerierenden Szene immer ein für militante Politik zweifelsohne unabdingbares klandestines Verhalten propagiert. Nun legen die Auswertungen der der Staatsanwaltschaft vorliegenden Akten nahe, daß das tatsächliche Verhalten einer ganzen Reihe von Leuten ein anderes war. Wir können hier natürlich nur über den Wahrheitsgehalt dieser Akten spekulieren, aber könntest Du Dir Gründe für mögliche politische (und auch persönliche) Katastrophen vorstellen?



Matthes: *Zu dem, was die radikal darstellt, habe ich gerade schon was gesagt. Sie bezieht sich auf linksradikale Politik, sucht Verbindungen zu den verschiedenen Anästzen linksradikaler Politik, nicht nur der Militant im herkömmlichen Sinne, sondern auch zu anderen - vielfältigen - Widerstandsformen sowie Auseinandersetzungen auf der theoretischen Ebene. Ein Teil davon ist auch die Propagierung klandestinen Verhaltens, das zweifelsfrei wichtig ist.*

Auf der anderen Seite erscheint die radikal seit 20 Jahren kontinuierlich, trotz andauernder Repression. Das und daß sie immer als Teil bzw. Spiegel der Bewegung anzusehen war, hat auch zu dem Mythos beigetragen. Wenn das jetzt konsequent weitergedacht und damit vom Sockel geholt wird, kann jede und jeder sich die Frage selber beantworten. Erstens gibt es keine Organisierung, die perfekt ist, was jede/r für sich nachvollziehen kann, und dabei kommt es nicht auf die Art der Organisierung an. Es bestehen zwar eindeutige Regeln, aber in der Praxis gibt es immer Gründe, warum diese nicht eingehalten werden. Das passiert selbst bei der kleinsten Aktion. Gleichzeitig ist es aber auch so, daß durch diese Fehler die Organisation lebt. Ihre Mitglieder lernen durch persönliche Betroffenheit und es gibt gleichzeitig eine Weiterentwicklung der Organisationsform.

"Wie damit umgehen, wenn aufgrund von persönlichem Verhalten z.B. andere beschuldigt werden?"

So gesehen sind radikal und die durch die Durchsuchungen und Observationen aufgedeckten Fehler und Funde (vorausgesetzt, daß sie sich das nicht alles aus den Fingern gesogen haben) nix besonderes. Es gab in der Geschichte immer wieder solche Begebenheiten: RAF, ETA, Widerstand im Nationalsozialismus sind einige Beispiele dafür. Durch diese Argumentation sollen aber nicht die gemachten Fehler entschuldigt werden. Es soll nur dazu beitragen, den Mythos, den mensch der Zeitung gegenüber aufgebaut hat, aus dem eigenen Kopf zu kriegen. Die Zeitung an sich hebt sich nicht von der übrigen Bewegung ab, sondern ist ein Teil von ihr und sollte deshalb auch so verstanden und unterstützt werden.

Zum anderen ist da noch die subjektive bzw. persönliche Ebene: Wie mensch damit umgeht, wenn aufgrund von persönlichem Verhalten z.B. andere beschuldigt werden. Auch diese Situation kann jede/r nachvollziehen, denn wer war noch nicht in einer Situation, in der er/sie einen Fehler gemacht hat. Es ist zwar so, daß das Umfeld oder die Bewegung bis zu einem bestimmten Maße solidarisch damit umgehen muß, aber trotzdem müssen die Personen im Endeffekt allein damit klarkommen. Wie sie sich darin verhalten, liegt dann in den persönlichen Entscheidungen und Beziehungen: Ob eine Aufarbeitung innerhalb des jeweiligen Umfelds geschieht, ob sie sich der Verantwortung stellen und mit den Beteiligten darüber reden oder aber sie sich dem Ganzen entziehen oder sich in Arbeiten stürzen, um das zu kompensieren und z.T. auch unheimlich auf die Wurst hauen. Das ganze ist dann natürlich mit Konsequenzen verbunden.

Für eine Solibewegung ist dies eine schwierige Phase. Eine Gratwanderung: Einerseits die Solidarität weiterhin aufrecht zu erhalten und andererseits eine Ebene zu finden, mit den Leuten umzugehen, die das offensichtliche Fehlverhalten gezeigt haben. Das ist nicht immer leicht.

Danke für das Interview.

Die Fragen stellte Willi Leow.

Anmerkungen:

(1) Quo vadis, Entenvieh macht auch Mist, in: kassiber 29, September 1996, S. 26ff.

(2) Vgl. 20 Jahre radikal. Geschichte und Perspektiven autonomer Medien; Hamburg: Libertäre Assoziation, Münster: Unrast, Berlin: Buchläden Schwarze Risse/Rote Straße, Berlin: Edition ID-Archiv, 1996.

(3) Einige Lesben aus dem ID [Bremen], Zensur in der Linken? Feministische Inhalte in der radikal, sowie: dies., Worte als Waffen? Lesben/Frauen, linke Presse und politische Zensur; beide in: kassiber 28, Februar 1996, S. 12ff.

Presseerklärung

Ich werde angeklagt zusammen mit 8 anderen Leuten seit 1984 Mitglied der - in behördendeutsch - kriminellen Vereinigung *radikal* zu sein, für terroristische Vereingungen geworben, zu Straftaten aufgerufen, diese gebilligt, dafür angeleitet, sowie Steuern hinterzogen zu haben. Im Zuge der bundesweiten Razzien am 13. Juni 1995 wurde ich verhaftet und durfte für ein halbes Jahr den Knast von innen kennenlernen.

Diese Razzien wurden an über 50 Orten im gesamten Bundesgebiet durchgeführt. Innenminister Kanther bezeichnete sie als *"zielgerichtete, präventive Maßnahme zur Einschüchterung der linksradikalen Szene"*. Im Zusammenhang mit diesen Razzien und dem knappen Dutzend darauf folgender Durchsuchungswellen leitete die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe bis heute 118 Ermittlungsverfahren wegen Mitgliedschaft und Unterstützung der *radikal* ein.

Am 22. März dieses Jahres wurde ich mit einem Freund erneut festgenommen. Unser Verbrechen bestand darin, mit 680 Exemplaren der zuvor erschienenen Dokumentation von *radikal*-Texten durch Münster zu fahren. Weder den stolzen Münsteraner Polizeibeamten noch später der Bundesanwaltschaft oder dem Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof wollte auffallen, daß es sich hier um eine Dokumentation der von ihnen kriminalisierten Texte handelt und nicht um die *radikal*. Im Gegenteil: in Karlsruhe spricht man bis heute von der *"Frühjahrsausgabe der radikal"* und behauptet, sie wäre von derselben kriminellen Vereinigung erstellt und vertrieben worden.

Also durchsuchte man zum wiederholten Male bereits durchsuchte Wohnungen, man brach Büroräume auf, weil dort angeblich Redaktionskonferenzen stattfinden und Druckvorlagen rumliegen könnten, man beschlagnahmte Arbeitsgeräte und schriftliche Unterlagen, und in Karlsruhe wurde das 238. und 239. Ermittlungsverfahren seit Bestehen der *radikal* eingeleitet.

Diese Vorfälle machen deutlich, daß die Bundesanwaltschaft unter diversen Widersprüchen leidet, die sie in sehr aufdringlicher Weise nach außen kehrt. Auf zwei will ich kurz eingehen:

Beispielsweise betont sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit die *"hohe Konspirativität"* der *"kriminellen Vereinigung radikal"*, suggeriert damit Gefährlichkeit und verleiht ihren Ermittlungen eine herausragende Bedeutung - andererseits begründet sie die erwähnte Durchsuchung der öffentlichen Kontaktadresse der Dokumentation mit der Behauptung, dort könnten Redaktionskonferenzen der *radikal* stattfinden. Da fragt man sich, ob die Bundesanwaltschaft diese hochkonspirative Bande nun für besonders verschlagen oder für besonders blöd hält - oder ob es sich nicht eher so verhält, daß sie ihre Argumentation nach Belieben dem jeweiligen Zweck anpasst.

Darüberhinaus beschwert man sich in Karlsruhe seit einem Jahrzehnt über das fehlende Impressum und die ausländische Deckadresse der *radikal*, die unter Ausnutzung der liberaleren Gesetzgebung beispielsweise in den Niederlanden deutsche Behörden an einer wirksamen Strafverfolgung hindert. Mit diesem Argument wurde wiederholt die hohe Konspirativität der *radikal* begründet. Nun enthält die Dokumentation beides, also sowohl eine ordentliche und inländische Bezugsadresse wie auch ein Impressum, in dem 60 Herausgeber und Herausgeberinnen ihre Initiative relativ genau begründen und sich gegen staatliche Zensurmaßnahmen wenden. Aber statt die Verantwortlichen mal zu loben, zückt die Bundesanwaltschaft erstrecht den Knüppel der Zensur. Und sie will noch immer nicht verstehen, warum sich die *radikal* 1984 angesichts ähnlich gelagerter Reflexe für die verdeckte Herstellung und Verteilung der Zeitschrift entschieden hat.

Zusammengefaßt kann gesagt werden: In Karlsruhe orientiert man sich an dem altbekannten *radikal*-Logo und reagiert analog pawlowscher Versuchsreihen: derselbe Reiz, dieselbe Reaktion.

Obwohl sie 239 Verfahren gegen die *radikal* einleitete, trat die Bundesanwaltschaft selbst noch nie als Anklägerin in Erscheinung. Der überwiegende Teil der Ermittlungen wurde eingestellt und der Rest wegen minderer Bedeutung an untergeordnete Länderinstanzen abgegeben, wo es in den seltensten Fällen zu einer Prozeßeröffnung oder gar einer Verurteilung kam.
Heute deutet sich ähnliches an: das erste mit einer Anklage befaßte Oberlandesgericht Koblenz weigert sich den Prozeß überhaupt zu eröffnen. Es fühlt sich nicht zuständig, und weder will es die *radikal* als kriminelle Vereinigung einstufen noch erkennen, daß terroristische Vereinigungen unterstützt werden. Dieser Koblenzer Beschluß führte allerdings keineswegs zu einer neuen Nachdenklichkeit bei der Bundesanwaltschaft. Anfang diesen Monats beantragte sie beim Bundesgerichtshof, Koblenz trotzdem zur Prozeßeröffnung zu verpflichten und die Anklage betreffs einer kriminellen Vereinigung aufrecht zu erhalten.

Der vor zwei Jahren groß inszenierte Schlag gegen den Linksextremismus entpuppt sich zunehmend als Fata Morgana, aber am unbedingten Verfolgungsinteresse einiger Hauptakteure hat sich wenig geändert. Dabei geht es nicht allein um Prozesse und Verurteilungen. Die bloße Existenz der Ermittlungsverfahren verleiht der Polizei Sonderbefugnisse, die sie unabhängig der konkreten Vorwürfe für die Ausschnüffelung politischer Gegner nutzt.
Die Paragraphen 129 und 129a werden auch als Ermittlungs- und Beugeparagraphen bezeichnet. Unter ihrer Regie werden Sonderhaftbedingungen und die Ausforschung politischer Gegner legitimiert sowie Grundrechte außer Kraft gesetzt. Sie ermöglichen das Abhören von Telefonen, Observationen, Postkontrollen sowie große und kleine Lauschangriffe. Die Ermittlungen dauern z.T. über Jahre und nur in 5% aller Fälle findet überhaupt ein Gerichtsverfahren statt.

Abschließend noch ein paar Worte zum Hintergrund politischer Repression, bzw. Gesinnungsjustiz im vorliegenden Fall:
Auch in den *radikal*-Verfahren geht es weniger um Recht oder Unrecht im juristischen Sinne, sondern um staatliche Machtdemonstrationen. Hinter dem Mantel rechtsstaatlicher Legitimität wird einfach nur mit politischen Gegnern abgerechnet. Hier prallen zwei gegensätzliche und unvereinbare Vorstellungen von Moral, Politik und vor allem Gerechtigkeit aufeinander, bei deren juristischer Abwicklung letztlich nicht die besseren Argumente, sondern die Macht der einen Seite über die andere entscheidet. Die Inhalte und Beweggründe der angeblichen Straftaten werden vollkommen ausgeblendet. Legalität kann auch hierzulande nur solange genossen werden, solange die jeweiligen politischen Äußerungen und Taten den herrschenden Eliten in den Kram passen.

Von mir persönlich kann ich sagen, daß weder der Knast noch die reichhaltigen Erfahrungen mit den zuständigen Behörden dazu angetan waren, mich resozialisiert oder im Kantherschen Sinne eingeschüchtert zu fühlen. Auch was die *radikal* betrifft gab es in den letzten Jahren kaum eine werbewirksamere Aktion als die der Bundesanwaltschaft, insbesondere als sie sich zensierend bis in das Internet vorwagte. Würde sie ihre Konstrukte wirklich ernst nehmen, müßte sie sich selbst anzeigen wegen Werbung für ihre kriminellen und terroristischen Organisationen.

Noch nie seit dem deutschen Faschismus wurde eine Zeitungsredaktion als kriminelle Vereinigung eingestuft. Gelänge das jetzt bei der *radikal*, könnten morgen auch andere mißlibige Medien - Zeitungen, freie Radios - nach diesem Muster kriminalisiert werden, besonders wenn sie sich gegen staatliche Kontrollansprüche wehren und sich entsprechend organisieren. Glücklicherweise können Knüppel und Zensur nur reglementieren, aber nie überzeugen.

Werner Konnerth, Mai 1997

Erklärung der AnwältInnen im Radi-Verfahren

PRESSEERKLÄRUNG

Das Oberlandesgericht Koblenz hat durch Beschluß vom 5. März 1997 die von der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz im August 1996 gegen vier Beschuldigte des radikal-Verfahrens erhobene Anklage wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, Unterstützung terroristischer Vereinigungen, Billigung von Straftaten, Aufforderung zu Straftaten, Anleitung zu Straftaten und Steuervergehens nicht zur Hauptverhandlung zugelassen. Das Gericht wies insbesondere die Ansicht zurück, die Zeitschrift radikal werde von einer kriminellen Vereinigung herausgegeben. Überdies sei ein Teil der Anklagevorwürfe verjährt, und für die Verhandlung über eventuelle Presseinhaltsdelikte sei das Oberlandesgericht Koblenz örtlich unzuständig. Die Generalstaatsanwaltschaft Koblenz hat Beschwerde gegen den Nichteröffnungsbeschluß eingelegt, über die der Bundesgerichtshof zu befinden haben wird.

Der Beschluß des Oberlandesgerichts Koblenz sollte Anlaß geben, die rechtliche Bewertung der Zeitschrift radikal auf eine sachliche Ebene zurückzuführen. Seit über drei Jahren ermittelt der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof mit einem aberwitzigen Aufwand gegen die Zeitschrift radikal. Nach der Inszenierung zahlreicher Durchsuchungen am 13. Juni 1995 nahm der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs die vier Beschuldigten für fast sechs Monate unter extremsten Bedingungen in Untersuchungshaft. Durch den Beschluß des Oberlandesgerichts Koblenz sehen wir uns in der Auffassung bestätigt, daß die bisherige Kriminalisierung der Zeitschrift radikal völlig überzogen war.

Allerdings scheint es, daß der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof die Hinweise des Oberlandesgerichts Koblenz nicht verstanden hat. Offensichtlich um die Zeitschrift radikal weiter als Produkt einer kriminellen Vereinigung verunglimpfen zu können, versucht er die Information der Öffentlichkeit über den Wortlaut der inkriminierten Texte zu verhindern, indem er die heute vorgestellte Dokumentation bereits im Vorfeld kriminalisiert.

Ursula Ehrhardt, Gabriele Heinecke, Thomas Klein, Christoph Kliesing.

Berlin, Hamburg und Osnabrück, den 9. Mai 1997

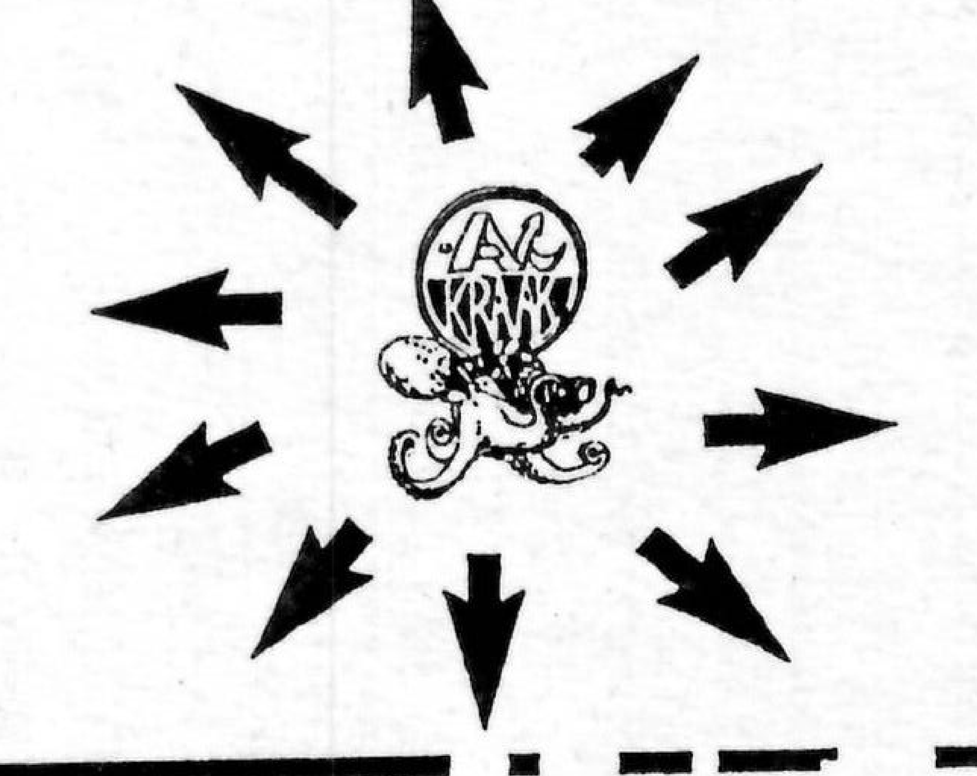


ak.kraak mobil - magical hysterie-tour

kampf der metropolen zentriertheit! (klatschen!)
(so was bescheuertes, wir machen urlaub. d.s.)



ak-kraak geht auf tour:
ab mitte juli 97/anfang august wollen wir für 6 wochen verschiedene orte in deutschland (und angrenzende länder) bereisen. (aha!) wir werden mit wagen,lkw, einer mobilen videoschnittanlage und ausrüstung für filmvorführungen unterwegs sein. (panne)
auf dieser tour wollen wir videos vorführen (das letzte der schönsten ak-kraak ausgaben u.a.) (zustimmendes gemurmel), ein wahnwitziges roadmovie drehen (kreisch) und beiträge prodzieren.
die einzelnen beiträge sollen als teil der nächsten ak-kraak ausgabe unser gewohntes hauptstadtgewohntes (oder auch fixiertes) bild aufbrechen (ach?)
die beiträge könnten aktionen von euch dokumentieren, eure projekte (zentren, kommunen, wagenburgen, etc.) vorstellen oder die situation und stimmungen in eurer region/stadt einfangen. (einfangen?-so so..?) unsere gedankenblitze: situation an der ostgrenze, kontakt zu zentren in polen/tschechien, der bnd in pullach, warum kommen keine schwaben mehr nach kreuzberg, bonn bei nacht, brauner sumpf in bayern, sachsen und anderswo, antifas auf dem rainbow-hippie-treff...?
etc.etc.etc.etc.etc.etc.etc.etc.etc.etc.etc.etc.etc............................
das konzept ist noch recht offen. wir brauchen nun von euch: liebevolle interessierte einladungen zu filmvorführungen und veranstaltungen (zum beispiel auf festivals/festen/feranstaltungen),-ideen und hinweise über aktionen und projekte und außergewöhnliches und alltägliches.
bitte schreibt uns sofort (nur ernstgemeinte zuschriften werden beantwortet!), so daß wir unsere tour bald danach planen können



kontakt:
ak-kraak, torstr. 216, 10115 berlin,
büro: montags 16-19 uhr,
fon 030/2823727

Stellungnahme zur Sabotage van der Bundesbahnstrecke Hamburg - Lübeck und dem tödlichen Unfall am Bahnübergang Dassauweg

Wir haben am 27.2.1997 mit einer gegen die Castor-Transporte der Bundesbahn gerichteten Sabotageaktion Achszählgeräte an der Bahnstrecke Hamburg - Lübeck zerstört. Zwei Tage später starb an einem Bahnübergang dieses Streckenabschnittes ein Mensch, weil die Schrankenanlage nicht ordnungsgemäß funktionierte. Ein Teil der Presse stellte anfangs einen Zusammenhang zwischen unserer Aktion und dem tödlichen Unfall her.

Wir waren geschockt und entsetzt, weil zu keinem Zeitpunkt Leben oder Gesundheit irgendwelcher Menschen mit dieser Aktion gefährdet werden sollten.

Daher haben wir versucht genauer zu bestimmen, was an der Strecke abgelaffen ist, ob Zusammenhänge bestehen könnten und welche Schlußfolgerungen zu ziehen sind.

Zur Aktion:

Wir haben zwischen den Bahnübergängen Nornenweg und Dassauweg in beiden Fahrtrichtungen insgesamt drei Schaltkästen sabotiert, die in Verbindun zu Achszählgeräten standen, die wir (nach der Sabotageanleitung der Flammenden Herzen in der radikal 154) als Typ "Einzelstück an der Innenseite des Gleises" identifiziert hatten. Dabei wurden von uns Kabel durchgezwickt oder die Schaltkästen mittels Brandbeschleuniger vollständig zerstört.

Die Achszählgeräte sichern die Streckenabschnitte, so daß nur jeweils ein Zug sich in einem Abschnitt befinden kann. Fallen ein oder gar mehrere Geräte aus, schalten die betreffenden Signale auf Rot. Der nächste Zug muß anhalten und erst nach Rücksprache mit dem zuständigen Stellwerk darf der Zug in langsamer Geschwindigkeit weiterfahren.

Das war das Ziel unserer Aktion.

Was danach passierte oder passiert sein könnte:

Bei der Auswertung von den Auswirkungen der Sabotage sind wir auf die Presse angewiesen, die von Anfang an sehr ungenau berichtete.

Der Schaden soll demnach beim zuständigen Stellwerk sofort bemerkt worden sein, Sicherungs- und Reparaturmaßnahmen seien eingeleitet worden.

Laut Medien habe es sich um eine Manipulation an den Schrankenschaltkäste der Schrankenanlagen an den Bahnübergängen "Dassauweg" und "Brauner Hirsc gehandelt, die sich in einer Entfernung von mehreren hundert Metern nördlich, bzw. südlich der von uns sabotierten Schaltkästen befinden.

Die Schrankenanlage "Nornenweg", welche sich erheblich näher an dem Aktionsorten befindet, wurde dagegen nicht erwähnt. Als Folge der Manipulation hätte die Schranken nicht mehr automatisch bewegt werden können. Züge mußten die Übergänge im Schrittempo passieren, um die zur Sicherung eingesetzten Posten der Bundesbahn nicht zu gefährden.
Die Angaben über die zerstörten Gegenstände wie auch über die verwendeten Mittel wiechen teilweise erheblich ab von denen, die tatsächlich mit unserem Vorgehen in Zusammenhang stehen. So wurde z.B. fälschlicherweise mehrfach Montageschaum als Brandbeschleuniger angegeben. Außerdem erschien ein Pressefoto, welches den am Bahnübergang Dassauweg angeblich manipulierten Schaltkasten zeige, der mit den von uns sabotierten Kästen nichts zu tun hat und keinerlei Ähnlichkeiten aufweist. Zudem kursierte ein falscher vermeintlicher Aktionszeitpunkt in der Presse.
Es ist demnach nicht auszuschließen, daß zeitgleich oder später von Dritten an dem Streckenabschnitt technische Anlagen manipuliert wurden.
Wahrscheinlicher aber ist, daß fehlerhafte oder ungenügende Reparaturen zum Unfall am 1.3.. führten, als sich die Schranken am Übergang Dassauweg öffneten, obwohl sich ein Zug näherte, nachdem die Anlage zwei Tage lang reibungslos funktioniert hatte. Nach den Angaben des mit den Ermittlungen des tödlichen Unfalls befaßten Eisenbahnbundesamtes kam es zum Ausfall von zwei Sicherungsanlagen des Bahnüberganges, welche unabhängig voneinander versagt hätten. In einem der beiden Sicherungssysteme konnten schließlich Kabelfehlschaltungen festgestellt werden. Kabel seien falsch zusammengeklemmt worden, was auf einen Reparaturfehler hindeute. Das zweite Sicherungssystem habe aus unbekannten Gründen versagt, die Fachleute seien ratlos.

Bewertung:
Nach allen uns zur Verfügung stehenden Informationen gehen wir davon aus, daß eine fehlerhafte Reparatur der Schaltkästen ursächlich für den tödlichen Unfall am 1.3.. war.
Damit sehen wir uns aber nicht außerhalb jeder Verantwortung, sondern diese relativiert sich lediglich für uns.
So sehen wir es unabhängig von den Fehlern und Pannen der Bundesbahn als unser grundlegendes und tragisches Versäumnis an, uns vorher nicht ausreichend mit den technischen Gegebenheiten vertraut gemacht zu haben.
Zu schnell und unkritisch sind wir der fundierten, bzw. fundiert wirkenden Anleitung der Flammenden Herzen gefolgt und haben damit zu schnell und unhinterfragt selbst eine indirekte Gefährdung von Personen vermeintlich ausgeschlossen.
So sind wir zu leichtfertig damit umgegangen, Brandbeschleuniger einzusetzen ohne eine profunde Kenntnis davon zu haben, ob die extreme Hitzewirkung im Schaltkasten nicht irgendwelche Kettenreaktionen auslösen könnte, deren Folgen nicht für uns zu überblicken waren (in der taz war

zu lesen, der Brand habe einen Kurzschluß verursacht, der sämtliche Kabel und Sicherungen beschädigte). Bisher gab es ja keine praktischen Erfahrungen mit dem Einsatz von Feuer an Schaltkästen, da die Brandsätze der Flammenden Herzen damals nicht zündeten.

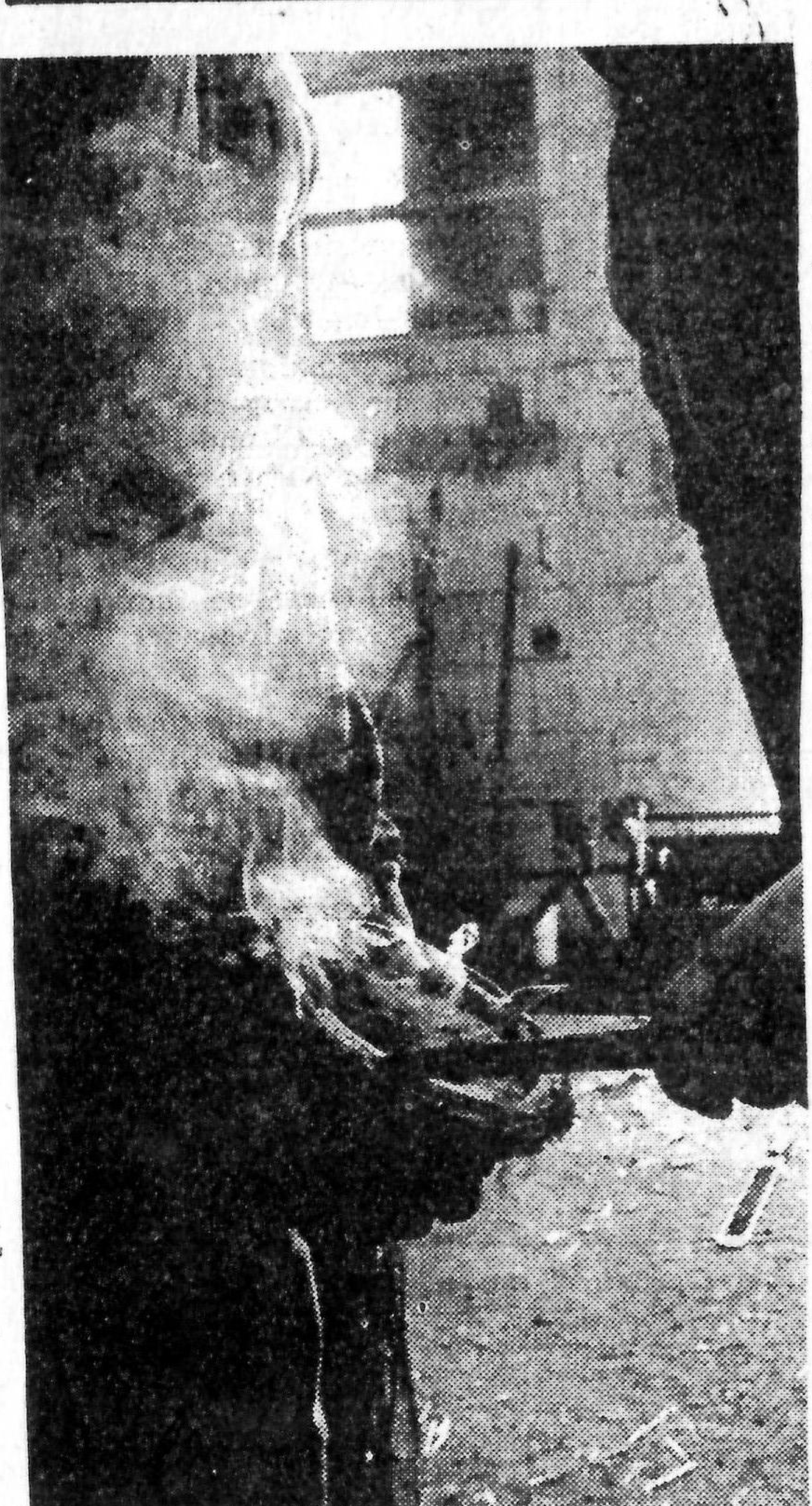
Grundsätzlich betrachten wir mittlerweile eine Sabotage an Achszähl- und Schaltkästen als nicht verantwortbar. Das vielgepriesene doppelte Sicherungssystem der Bahn scheint eine Farce zu sein und es ist zu unsicher, sich auf die vermeintliche Zuverlässigkeit der Reparaturtrupps zu verlassen, was einen Kernpunkt dieser Aktionen ausmacht.

Im Sinne des Grundsatzes, daß bei Sabotageaktionen gegen die Castor-Transporte keine Menschen gefährdet werden dürfen, geschweige denn im Zusammenhang damit ihr Leben verlieren und aus dieser schlimmen Erfahrung heraus, sehen wir es als unverzichtbar an, auch nur kleinste technische Risiken oder Unsicherheiten auszuschließen.

Dies macht derartige Sabotageaktionen wie die unsrige unmöglich.

Unser Widerstand gegen das herrschende System muß genau und verantwortungvoll sein!!

Revolutionäre Gruppe Wasserkante, Mai 97



Revolutionärer 1 Mai - Wagensport ist auch dabei

Die Berliner Bezirke Grunewald und Dahlem sind auch nicht mehr das was sie mal waren. Stinkende Luxusautowracks zieren den Straáenrand, verunsicherte Reiche schleichen um die BVG-Haltestellen und wissen nicht mehr ein noch aus.

Wir sind in der Nacht vom 29.4. auf den 30.4. zu einem Auswärtsspiel angetreten und haben

am Wohnort von CDU-Mafiaboss Rüdiger Landowsky, Fontanestr 6a, einen Daimler Benz 500 SEL,

und am Wohnort von Ex-Bausenator und Spekulant Klaus Franke, Miquelstr 75 bzw am Wohnort vom Chef des Trigon-Imperiums, Ex-Klingbeil, Klaus Groenke, Miquelstr. 84, einen Daimler Benz S 320 flambiert.

Und auch die City-West ist nicht sicher. Am Kudamm, Ecke Leibnitzstr fiel uns ein fetter BMW 850 auf, den wir ebenfalls eingeschmolzen haben.

Sie terrorisieren uns mit ihrer Bullenarmee, ob am 1. Mai oder an allen anderen 364 Tagen und sie beschimpfen uns als Ratten und Schmeißfliegen. Davon gehen mehr als nur Autos kaputt !

Wenn das Schule macht, ist es aus mit der Hauptstadt

Die "Ratten" lassen grüßen



LAS SOLUCION, INSUMISION!

Münsterland Interview vom 29.4. 1997 im „Haus“ Berlin-Hellersdorf

Vom 26.4.97 - 9.5.97 war in Deutschland die baskische Punk-Band MÜNSTERLAND auf Tour. ImVorfeld wurden sie als Totalverweigerer-Punk-Band angekündigt. Aus diesem Grund, und weil wir die Musik toll finden haben wir von OVARB ein Interview mit der Band gemacht. Mit ihnen unterwegs waren Toni von der FAU-Bonn und Jon Ander, der in Bilbao (Baskenland) Männer zu Totalverweigerung berät. Mit ihm haben wir uns später noch speziell zur Insumisu-Bewegung in Spanien/Baskenland unterhalten. Das Interview fand vor dem Konzert von MÜNSTERLAND im „Haus“ in Berlin / Hellersdorf statt.

Frage: Stellt euch doch mal kurz vor!

Antwort: Ich bin Igor der Bassist. Ich bin Asier der Gitarist. Gotzon der Schlagzeuger, und Riosa der Sänger. Wir sind Münsterland und kommen aus Bermeo, einer kleinen Stadt bei Bilbao. Wir haben uns 1992 als Münsterland gegründet und vorher hiessen wir „Capital Radio“, was der Name eines Stückes von CLASH ist. Wir haben damals puren Rock´n´Roll gemacht, und geprobt haben wir bei meiner Oma (Riosa). Die Nachbarn haben sich sehr beschwert.

Frage: Wie seid ihr dann zu Münsterland geworden.

Riosa: Der Schlagzeuger ging. Dann kam Gotzon. Wir sind dann vom Proberaum meiner Oma in einen städtischen Übungsraum gewechselt, haben zwischendurch noch Besetzungswechsel gehabt, und von Anfang ´92 an sind jetzt noch Gotzon der Schlagzeuger und ich dabei.

Frage: Im Vorfeld der Tour werdet ihr als Totalverweigerer-Punk-Band angekündigt! Seid ihr alle Totalverweigerer, und was bedeutet das für euch?

Mü-land: Nein, Kein einziger von uns ist Totalverweigerer.

Igor: Totalverweigerung bedeutet für mich, gegen etwas zu sein, was mein Gewissen nicht zulässt.

Asier: Für mich gilt das Gleiche wobei ich sagen muss, dass ich Militärdienst geleistet habe. Aber ich habe den Militärdienst beim Roten Kreuz gemacht. Zu vergleichen ist das mit der Feuerwehr , oder dem Technischen Hilfswerk. Ich hatte eine Woche Dienst und eine Woche frei, über ein Jahr. Bilbao ist eine Fischerstadt, und der Dienst bestand darin, Fischerboote die in Seenot geraten sind zu retten. Ich bin in der Zeit wo ich Dienst hatte aber auch des öfteren abgehaun, um mir Konzerte anzugucken. Eins davon waren die RAMONES.

Igor : Ich kann mich nicht Totalverweigerer nennen, weil ich meine Einberufung noch nicht erhalten habe. Aber für mich ist klar, dass wenn ich sie erhalte total verweigern werde.

Gotzon: Für mich bedeutet totalverweigern, sich gegen jeglichen Zwang, ob das nun Militärdienst oder andere Zwänge sind, aufzulehnen. Ich bin kein Totalverweigerer! Ich habe verweigert zum Zivildienst. Nächsten Monat wird meine Einberufung kommen. Ich habe aber auch vor dann total zu verweigern.

Wir erklären der Band, dass sich in Deutschland auch Leute Totalverweigerer nennen, die noch keine Einberufung erhalten haben, aber trotzdem vorhaben, wenn diese eintrifft total zu verweigern. Der Übersetzer Toni erklärt zusätzlich, dass in Deutschland viele Totalverweigerer erst den Wehrdienst verweigern, d.h. einen KDV-Antrag stellen, um danach

total zu verweigern, weil es dann einfacher wird. Dazu hat die Band zugestimmt. Das ist in Spanien ähnlich.

Rioja: Ich bin am studieren. Ich weiss nicht was ich machen werde. Ich traue mich nicht total zu verweigern, weil es in Spanien eine rechte Regierung ist und die Repression grösser wird. Ich werde auf jeden Fall den Zivieldienst machen, aber ich überlege nicht total zu verweigern. Ich unterstütze die Insumission (Totalverweigerung), aber ich bin kein Pazifist. Ich bin Anti-Militarist, aber ich würde wenn nichts anderes mehr geht zur Waffe greifen, aus einem ähnlichen Gefühl heraus wie die Zapatistas oder die Tupac Amaru. Es ist kein Militär, was die Zapatistas machen, sondern bewaffneter Kampf.

Es stellt sich heraus, dass es innerhalb der Band verschiedene Meinungen darüber gibt was eine Armee ist. Darüber wird noch eine Weile auf spanisch hin und her diskutiert.

Frage: In Deutschland existiert mittlerweile eine ziemlich eindeutige Trennung zwischen Punks und politisch denkenden Menschen. Wie ist das in Spanien oder im Baskenland?

Wir beschreiben kurz die „Anti-Haltung“, die in Deutschland viele Punks vertreten und dass sich ihr politisch sein oft gerade mal auf ihre Aufnäher beschränkt, betonen aber auch, dass das natürlich nicht für alle Punks gilt.

Antwort: In vielen Dingen könnte man sagen: so ähnlich. Es gibt eben viele Punks, die unter Punk verstehen, sich den gesellschaftlichen Normen zu entziehen, und ihr Leben zu leben, was aber nicht bedeutet, dass sie nur absaufen und feiern.

Ein Vortrag von Jon Ander dem TKDV-Berater. Toni dem Übersetzer raucht der Kopf. Und das jetzt schon!

Jon Ander: Punk sein, oder „Anti“ sein bedeutet, gegen Ideologien sein, d.h. dass Punk keine theoretische Struktur als Ideologie hat, und das dieses „Anti“ deshalb nicht ausschliesslich als Negativ-Haltung angesehen werden kann, sondern halt erstmal bedeutet gegen jegliche Form von Ideologie zu sein.

Rioja: Punk bedeutet für mich, nicht an das zu glauben, was als Realität verkauft wird. In meiner Zeit als Punk war ich nicht negativ drauf. Ich war gegen bestimmte gesellschaftliche Dinge, aber ich war nicht destruktiv, ob das jetzt auf meinen eigenen Körper oder die Gesellschaft bezogen war. Punk sein heisst, Dinge in Frage zu stellen,die einem nicht wirklich vorkommen, was aber nicht bedeutet gegen die Realität des Lebens zu sein.

Frage: Wie ist es in Spanien/Baskenland mit der Punk-Kultur (bezogen auf Bands, Fanziens, Konzerte, usw.).

Igor: Im Vergleich zu früher ist es weniger geworden. Das z.B. Konzerte weniger geworden sind hängt u.a. damit zusammen, dass im Baskenland/Spanien die Häuser-Besetzungs-Szene sehr stark war, und es von daher mehr Auftrittsmöglichkeiten, Proberäume,usw. gab. Im Zuge der Zeit sind viele der besetzten Häuser, auch wenn sie bereits sieben oder acht Jahre besetzt waren geräumt wurden, wodurch diese Möglichkeiten wesentlich geringer geworden sind. D.h. es gibt sie immer noch aber halt im kommerziellen Sinne.

Ja,ja! Wir erzählen kurz über Berlin. Pali, Linienstr.,...! SCHÖNBOHM PISS OFF!!!

Ein anderer Grund ist, dass viele Leute die Lust verlieren, bzw. der Bewegung den Rücken zukehren. Z.B. gibt es ein besetztes Haus wo sehr viele Konzerte abliefen und ein ganzer Haufen Leute dahinter stand und das Ganze unterstützte. Mittlerweile ist das nur noch eine Person, die alleine natürlich kaum noch was organisieren kann.

Die Band bereitet sich jetzt auf den Auftritt vor, und unser Gespräch geht mit Jon Ander, dem baskischen TKDV-Berater weiter. Er ist mit auf die Tour gekommen um jeweils vor den neun Konzerten in Deutschland einen Vortrag über die baskische/spanische Totalverweigererbewegung zu halten.

Frage: Was haben Totalverweigerer in Spanien an Repressionen zu erwarten?

Jon Ander: Ein Mensch, der in Spanien den Wehrdienst verweigert weiss, dass ihn eine Gefängnisstrafe erwarten kann, und ihm die staatsbürgerlichen Rechte über 10-12 Jahre aberkannt werden (keineswegs jedoch die Pflichten). Das bedeutet z.B., dass er kein Bafög beantragen und keine Arbeit im öffentlichen Dienst annehmen kann. Der Staat übt das aus, weil er der grösste Arbeitgeber in Spanien ist. 60 % der Arbeitsplätze sind Arbeitsplätze des Staates. Es sollte auch durchgebracht werden, dass Totalverweigerer keinen Führerschein machen dürfen. Das ist aber zum Glück nicht durchgekommen. Das war ein Versuch des Staates, um zu sehen wie die öffentliche Meinung darauf reagiert. Auch bekommt man als Totalverweigerer kein Darlehen, bei staatlichen Sparkassen.

Frage: Gibt es private Sparkassen?

Jon Ander: Nein!
Die meisten Gemeinden bzw. Rathäuser im Baskenland unterstützen diese Gesetze jedoch nicht. Die Gesetze kommen vom Staat und werden an die Gemeinden weitergegeben, welche sich um deren Einhaltung kümmern sollen (eben darum, dass Totalverweigerer keine Arbeit in staatl. Diensten bekommen). Es gibt im Baskenland eine Vereinigung von 25 Dörfern, die trotz dieses Gesetzes einstellen und unterstützen. Unter ihnen sind Bermeo und Donastia (San Sebastian). Diese Gemeinden stellen Totalverweigerer in ihren Einrichtungen ein und bezahlen ihre Prozesskosten. Der spanische Staat hat diese ökonomische Hilfe für illegal erklärt. Hierbei handelt es sich um einen speziellen Kampf zwischen dem spanischen Staat und den Gemeinden. Ein Gegenbeispiel gibt es in Guernika. Der Bürgermeister in Guerenica von der PNV(Baskisch Nationale Partei) macht was der Staat sagt, d.h. er schafft Zivildienststellen und ist damit gegen die Totalverweigerer. Er sorgt dafür, dass in Guernica Totalverweigerer keine Chance bekommen, obwohl sich Guernica die „Stadt des Friedens" nennt. Zivildienstleistende erhalten in Spanien übrigens umgerechnet nur 20 DM monatlich und müssen daher von den Eltern oder sonstwoher leben. Die PNV hat im Parlament zwar für die Unterstützung der Totalverweigerer gestimmt, aber teilweise ist es für sie einfach eine Geldfrage. Wenn eine Gemeinde viel Geld hat unterstützt sie die Totalverweigerer, und wenn sie wenig hat, dann nicht.

Frage: Vielleicht noch mal was zu den Gefängnisstrafen. Von...bis...

Jon Ander: Von 6 bis 26 Monaten. Die Verweigerung des Zivildienstes bringt keine Haftstrafe mit sich, sondern eine Geldstrafe, und die Aberkennung der Bürger-Rechte. Zum Teil werden die Knaststrafen zur Bewährung ausgesetzt, jedoch sitzen viele Totalverweigerer im Knast, weil sie die Geldstrafe nicht gezahlt haben. Insgesamt sitzen 280 Totalverweigerer im Baskenland im Gefängnis.

Frage: Wie sieht es mit der Unterstützung/Prozessarbeit bei Totalverweigerern aus?

Jon Ander: Die M.O.C.(Spanienweite Totalverweigererorganisation) bietet Vorbereitungskurse für Totalverweigerer an, in denen sie auf den möglichen

Knastaufenthalt vorbereitet werden. In Spanien ist es Gesetz, dass Gefangene bei Knaststrafen ins nächstgelegene Gefängnis kommen. Der Staat übt jedoch die Praxis aus, politische Gefangene in Gefängnise zu stecken, die teilweise 3000 km vom Heimatort entfernt sind. Bei einer Stunde Besuchszeit (teilweise wird von 20 min. gesprochen!) pro Woche wird so der Kontakt zu Verwandten und FreundInnen fast völlig unmöglich gemacht. Ausserdem wird die Post der/des Gefangenen kontrolliert und sie/er unter „normalen Strafgefangenen" inhaftiert, d.h. politisch isoliert. Die M.O.C. ist eine Organisastion, die alle Totalverweigerer unterstützt, egal aus welchen ideologischen Gründen sie verweigern. Ihr Interesse ist es die Totalverweigerer zu vereinigen, als eine Bewegung, und sie nicht aufzusplitten.

Frage: Sag noch'mal was zu der konkreten Prozessarbeit in Spanien/Baskenland!

Jon Ander: Eine Aktionsform ist es z.B. zum Zeitpunkt des Prozesses von ausserhalb ca. 300 Faxe ans Gericht zu schicken, so dass das Faxgerät am Gericht zur Zeit des Prozesses völlig überlastet ist und kein anderes Fax mehr annehmen kann. Eine andere Sache ist: Totalverweigerer, die an der Gerichtsverhandlung nicht teilnehmen sammeln sich in 10-15er Gruppen und stellen sich dann im Nachhinein gemeinsam, weil sie sonst auf der Fahndungsliste stehen würden. Dieses gemeinsame Stellen wird mit Öffentlichkeitsarbeit verbunden, indem z.B. die Presse im Vorfeld informiert wird. So wird daraus eine politische Aktion. In Donastia ist es jedoch einmal passiert, dass ein Totalverweigerer nicht zur Gerichtsverhandlung erschienen ist und sich im nachhinein gestellt hat, und der Polizist ihn nicht verhaften wollte.

Frage: Warum?

Jon Ander: Die Insumission (Totalverweigerung) ist, speziell im Baskenland, so in der Gesellschaft drin, dass kaum jemand, sogar teilweise die Polizei, versteht warum Menschen die ihrer Überzeugung folgen ins Gefängnis sollen. Ein Grund, warum die Insumission sehr stark in der Gesellschaft verankert ist, ist auch, dass die Armee nie besonders beliebt war. Die Armee ist zu oft gegen das eigene Volk vorgegangen. Die spanische Armee ist vom technischen her auch so aufgebaut, dass sie vor allem nach innen wirken kann. Sie ist z.B. nicht so ausgelegt, dass sie evtl. Angriffe von aussen abwehren könnte, sondern fast ausschliesslich um sogenannte innere Feinde zu bekämpfen (Aufstände niederschlagen...). Das ist auch ein Grund warum die Totalverweigerer-Bewegung speziell im Baskenland so stark ist. Ein Ja zur Insumission bedeutet ein Nein zur Armee! Unterdrückung und Repression wird im Baskenland durch das spanische Heer symbolisiert. Es existiert im Baskenland eine spezielle Ablehnung gegenüber der spanischen Armee; nicht z.B. gegenüber der NATO.

Leider mussten wir das Interview an dieser Stelle abbrechen, obwohl wir noch einige Fragen gehabt hätten. z.B. inwieweit die Totaslverweigerer-Bewegung in Spanien mit der restlichen politischen Szene verbunden ist und ob Folterungen von Totalverweigerern bekannt sind. Aber die Leute vom „Haus" wollten dicht machen, und es bestand die sehr wahrscheinliche Möglichkeit. dass wir uns über Stunden festgelabert hätten (wenn unser Übersetzer Toni das durchgehalten hätte). Das Interview ist leicht gekürzt, weil uns zu einigem Gesagten viel Hintergrund-Wissen gefehlt hat.

Gedenken wollen wir zum Schluss UNAI SALANUEVA. Der Totalverweigerer sprang am 10. Februar aus dem Fenster der Wohnung seiner Eltern im 3.Stock, und starb dabei. Eine Woche zuvor war er wegen seiner Verweigerung von Militär und Zivildienst verhaftet worden. Es war sein erster Tag im „offenen Vollzug". Um 22 Uhr hätte er zurück in den Knast gemusst. FreundInnen von ihm erzählen: "Er war still und zurückgezogen, aber hatte seine Totalverweigerung immer sehr klar. Vielleicht hat er sich in dem Moment dem Knast einfach nicht gewachsen gefühlt."

Antifa workcamp

Fast täglich fallen rechtsradikale Schläger in Deutschland über AusländerInnen, Linke und alle, die ihnen nicht passen, her. Besonders in Brandenburg tobt der braune Mob in Städten und Dörfern. Die Faschos stellen sich bewußt in die Tradition der NSDAP, die mit Hilfe von SS und Wehrmacht Europa mit einem Vernichtungskrieg überzog. Auch wenn viele Faschos über Geschichte nichts wissen, verherrlichen sie denn Terror des „Dritten Reiches" und führen, was noch schlimmer ist, dessen Vernichtungsphantasien fort.
Am deutlichsten wurden die Ziele der Nationalsozialisten in den KZs, wo sie Millionen Menschen ermorden ließen. Eines dieser Lager befand sich in Sachsenhausen bei Berlin. Allein in diesem Lager inhaftierten und folterten die Nazis 204 000 Menschen, was mehr als die Hälfte von ihnen nicht überlebte.
Kampf gegen Faschos bedeutet für uns neben dem Widerstand auf der Straße, auch die Erinnerung an die von Nazis Emordeten.
Deshalb organisieren wir vom 16.–25. Mai in Sachsenhausen ein Antifaworkcamp. Dabei wollen wir neben der Freilegung eines verwahrlosten Teils des ehemligen Kzs, dem sogenannten Klinkerwerk, eine Reihe von Diskussionsveranstaltungen und Aktionen zu alten und neuen Nazis machen.
Vor der Zerstörung geschützt und markiert werden soll ein im Wald gelegener Teil des ehemaligen Kzs, das Klinkerwerk, von dem fast nur noch die unterirrdischen Anlagen erhalten sind.
Außerdem organisieren wir ein Kunstprojekt und eine Videodokumentation dieses Camps. In Vorträgen und Diskussionen wollen wir den Wurzeln des Faschismus nachgehen und Projekte vorstellen die sich dem aktuellen Rechtsradikalimus entgegenstellen.
Alles in allem also, sinnvolle Auseinandersetzungen in geselliger Runde.
Wenn ihr Interesse habt, am workcamp teilzunehmen oder noch Anregungen habt, meldet Euch unter der angegebenen Adresse (Antifaschistische Aktion Berlin).
Um für Eure Verpflegung und Unterkunft sorgen zu können, meldet Euch bitte bis 6. Mai 97 bei uns an.

Arbeiten an der Gedenkstätte täglich 9–13 Uhr

Techniks

Unterbringung
Oberstufenzentrum Oberhavel, Germendorfer Allee 17, 1 6515,

Kosten
incl Frühstück und Abendbrot DM 10,- Solipreis DM 12,- pro Tag + Person

Ort
Gedenkstätte Sachsenhausen in Oranienburg

Termin
Freitag 16.Mai bis Sonntag 25. Mai 1997

Infos + Anmeldung
Antifaschistische Aktion Berlin
c/o Nachladen,
Waldemarstraße 36,
10999 Berlin
Bürozeiten: Fr. 16–20 Uhr
Telefon: 030/6157329
Fax: 030/6153860

Veranstaltungen nachmittags

Samstag, 17.5.
Besprechung der Arbeiten an der Gedenkstätte

Sonntag, 18.5.
Führung durch das ehemalige Konzentrationslager Sachsenhausen

Montag, 19.5.
Filme über Sachsenhausen

Mittwoch, 21.5.
Stadtführung: Oranienburg während der Nazizeit

Donnerstag, 22.5.
Infostände in Oranienburg

Freitag, 23.5.
Ausflug nach Birkenwerder zum Clara-Zetkin-Haus

Samstag, 24.5.
Diskussionsveranstaltung mit dem Spanienkämpfer Gustav Schöning
Parallel dazu besteht die Möglichkeit sich an den Projekten zu beteiligen

mittags
geplant: Antifa-Stadtspaziergang

Kunstprojekt
Visuelle Eindrücke umsetzten. Gestalten mit Lehm, Farbe, Stiften, etc.

Video-Projekt
Dokumentation der Arbeiten un Veranstaltungen

Arbeiten im Archiv
Hier können Einblicke in die Geschichte vertieft werden

jeweils 14.30 – 16 Uhr
Gedenkstätte Sachsenhausen

abends

Freitag, 16.5.97
Anreise

Samstag, 17.5.
Eröffnungsplenum, anschließend Informationen über die XIV. Weltfestspiele der Jugend und StudentInnen in Kuba;
außerdem geplant: Antifa-Soliparty

Sonntag, 18.5.
Kurzbiographie des Antifaschisten Paul Ostberg: Schicksal einer jüdischen Familie in Deutschland, Exil in der Schweiz - Internierungslager, Antifaschismus in der DDR

Montag, 19.5.
Diskussion mit ehemaligen Häftlingen in Sachsenhausen

Dienstag, 20.5.
Faschistische Aktivitäten und Strukturen im Umland Oranienburgs.

Mittwoch 21.5.
Diskussionsrunde mit Vertreterinnen der Gedenkstätte, der Stadt, parallel dazu besteht die Möglichkeit sich an den Projekten zu beteiligen.
R.O.T. K.Ä.P.C.H.E.N., BdA, Zentralrat der Juden, u.a. über eine Jugendbegegnungsstätte

Kunstprojekt:
Visuelle Eindrücke umsetzen. Gestaltung mit Lehm, Farbe, Stifter

Donnerstag, 22.5.
Die Antifaschistische Aktion Berlin (AAB) stellt sich vor!

Freitag, 23.5
Drogen und Antifa - Kiffen für die Zukunft?
Antifaarbeit im Land Brandenburg: Was tun? Was tun!

Samstag, 24 5.
Wir mögen hier keine Disziplin – Film über die Lebens- und Arbeitsbedingungen in Bosnien.
Jugendantifa – was, wie, wo, warum?

jeweils 19 – 21 Uhr
Oberstufenzentrum Oberhavel

organisiert von:

- Antifaschistische Aktion Berlin
- Antifaschistische Gruppen Land Brandenburg
- R.O.T.K.Ä.P.C.H.E.N. in und beim BdA
- Antifaschistische Jugend Brandenburg
- Antifa Neuruppin
- AStA FU

Grenzen auf für alle!

FrauenLesben-Aktion am 24. Mai 1997 an der deutschen Seite der Grenze Aachen-Vaals (NL)
Grenzen auf für alle!

An der Notwendigkeit der Forderung "Grenzen auf für alle" hat sich nichts geändert.
Die Staaten der EU öffnen die Grenzen dem freien Warenfluß des Binnenmarktes und versprechen privilegierten EU-BürgerInnen einfachere Reisemöglichkeiten. Gleichzeitig betreibt die EU eine Abschottungspolitik, die es Flüchtlingen nahezu unmöglich macht, legal über die Grenzen zu kommen. Die brd hat ihren Teil dazu maßgeblich beigetragen, indem sie z.B. das Asylrecht faktisch abgeschafft und ihre Grenzen nach Osteuropa zu den bestgesichertsten der Welt gemacht hat.

Für Flüchtlinge wird es immer lebensgefährlicher, sich von den restriktiven Gesetzen nicht abschrecken zu lassen und trotzdem den Versuch zu unternehmen, über die Grenzen nach Westeuropa zu gelangen. Allein 1996 starben 19 Menschen bei dem Versuch, die polnisch-deutsche Grenze zu überqueren, fast hundert Menschen verletzten sich dabei bzw. wurden vom Zoll oder BGS verletzt. Aber auch wer es schafft, beispielsweise die Oder schwimmend zu überqueren, von den Infrarotmeldern ungesehen zu bleiben und auch nicht von einer der vielen BGS-Einheiten mit Hunden aufgegriffen zu werden, ist immer noch nicht angekommen. Der Versuch, einen längerfristig legalen Aufenthaltsstatus in der brd zu erlangen, ist in den meisten Fällen zum Scheitern verurteilt. Diese Politik zwingt Menschen nach einer meist langen Fluchtgeschichte entweder von Anfang an oder nach dem Durchlaufen des Asylverfahrens in die Abschiebemaschinerie - oder in die Illegalität.

Für Frauen ist es wesentlich schwerer, einen zumindest befristet sicheren Aufenthaltsstatus in der brd zu erlangen. Zum Beispiel werden frauen/lesbenspezifische Fluchtgründe nicht anerkannt und oftmals ist das Aufenthaltsrecht von Frauen an das ihrer Ehemänner gebunden (§19 Ausländergesetz). Werden Frauen unter anderem aus diesen Gründen in die Illegalität getrieben, sind sie mit einer Unmenge an Problemen konfrontiert. So ist es für sie meistens schwieriger, Arbeit zu finden oder sich gegen rassistische bzw. sexistische Angriffe zu wehren.
In einer patriarchalen Gesellschaft bedeutet also Flucht und der Zwang zur Illegalität für Frauen eine Verschärfung ihrer Lebensbedingungen und verursacht größere Abhängigkeiten.

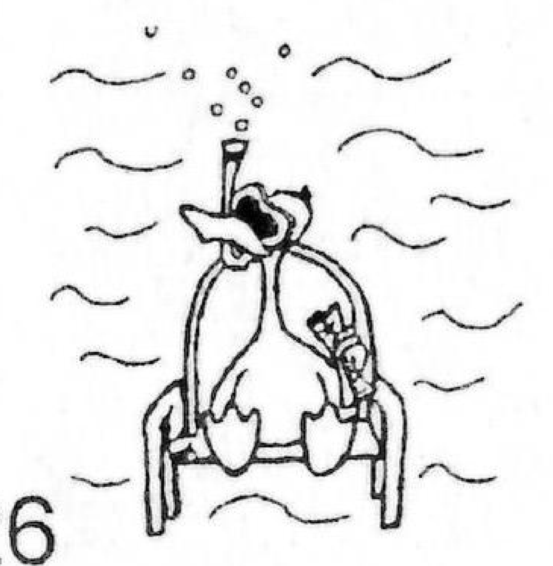
Für viele Menschen ist Illegalität die einzige Möglichkeit, sich in der EU länger aufzuhalten und ohne Papiere und Absicherung für Niedrigstlöhne zu arbeiten. Gründe dafür, auf diese Bedingungen einzugehen, sind zum Beispiel nicht-existenzsichernde wirtschaftliche Verhältnisse oder politische Verfolgung im Herkunftsland, die ein menschenwürdiges Leben dort unmöglich machen.

Der Alltag illegalisierter Frauen und Männer ist geprägt von extremer Ausbeutung auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, fehlender Gesundheitsversorgung, absoluter Rechtlosigkeit und nicht zuletzt dem Zwang zur Unauffälligkeit, der eine weitgehende Einschränkung des gesellschaftlichen Lebens nach sich zieht.
Trotz all dieser Bedingungen gibt es immer wieder organisierte Kämpfe von illegalisierten Frauen und Männern, wie z.B. die der Sans Papiers-Leute (Menschen ohne Papiere) in Frankreich, die seit Monaten für ihre Legalisierung kämpfen.

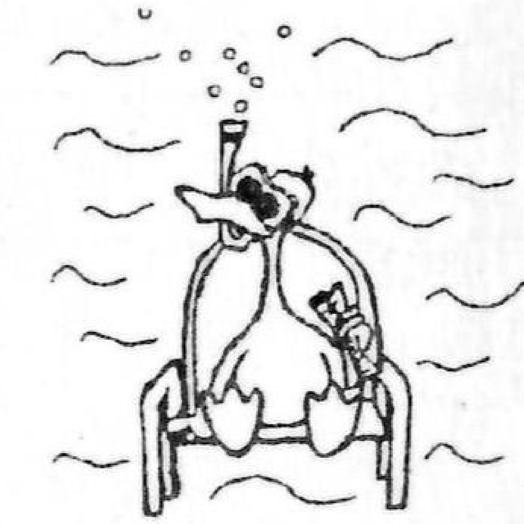
Am 24. Mai 1997 organisieren wir eine Kundgebung auf der deutschen Seite der Grenze Aachen/Vaals. An diesem Tag wird es eine gemischte Demonstration von Vaals nach Aachen geben, die sowohl von niederländischen wie deutschen Gruppen vorbereitet wird. Anlaß der Demonstration sind die Hausdurchsuchungen von deutschen und niederländischen Bullen unter Leitung des Bundeskriminalamtes in Vaals (NL) im Rahmen des radikal-Verfahrens. Die radikal ist eine seit 21 Jahren bestehende linksradikale Zeitung, die seit 1995 mit dem §129 (Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung) und dem §129 a (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung) kriminalisiert wird.
Der Schwerpunkt der Demo wird die EU-Politik und die Mobilisierung zum EU-Gipfel in Amsterdam am 14. Juni 1997 sein.

Wir haben uns für eine FrauenLesben-Aktion auf der deutschen Seite der Grenze entschieden, da für viele Migrantinnen und Illegalisierte das Risiko eines Grenzübertritts zu groß ist. Mit Redebeiträgen, Flugblättern und Transparenten wollen wir den rassistischen Charakter der EU-Grenzen deutlich machen und die Politik der Illegalisierung von MigrantInnen angreifen. Unsere Aktion wird sich hauptsächlich an die PassantInnen im Grenzverkehr richten, wozu wir versuchen wollen, den Grenzverkehr etwas zu verlangsamen. Danach werden wir uns als FrauenLesben-Block der gemischten Demo anschließen.

Unterstützt illegalisierte Frauen und Männer!
Verhindert Abschiebungen!
Gegen die rassistische EU-Politik -
FrauenLesbenWiderstand organisieren!



Treffpunkt: Samstag, 24. Mai 97 um **11.30 Uhr**
am Hauptbahnhof Aachen/Vorplatz
(von dort fahren wir mit dem Linienbus zur Grenze)
Kundgebung: um 12.30 Uhr
Vaalser Str. (B1) an der Grenze



AUFRUF AUFRUF AUFRUF AUFRUF AUFRUF AUFRUF AUFRUF AUFRUF AUFRUHR

Ein heisser Sommer in Amsterdam

Am 16&17 Juni 1997 findet in Amsterdam der Eurogipfel statt. Auf diesem Toptreffen der europäischen Regierungschefs in der Niederländischen Bank in Amsterdam wird an der Bildung eines ökonomischen Machtblocks weitergearbeitet. Unter dem Motto 'Markt' wird der Sozialstaat privatisiert und gänzlich abgeschafft. Mittels undurchsichtiger Strukturen wird hinter geschlossenen Türen Politik gemacht. Durch eine beschliessende Minderheit von Staatsführern wird die auschliessliche Allmacht von Ware und Kapital eingeläutet und sämtliche Möglichkeiten basis-demokratischer Alternativen definitiv über Bord geschmissen . Mehr und mehr Kontrolle, im Inland sowie an und über die Außengrenzen hinweg, muss dafür sorgen, dass dieser Prozess reibungslos verläuft.

Die Regierungschefs haben prätentiöse Pläne für diesen Gipfel. Er soll enden mit der Abrundung des Vertrages von Maastricht II, resp. des Vertrages von Amsterdam, einer Weiterentwicklung des in 1992 unterzeichneten EU-Vertrages. U.a. sollen folgende Revisionen darin aufgenommen werden: Die Aufhebung des Einstimmigkeitsprinzips resp. Abschaffung des Vetorechts im Ministerrat und neue Regelungen betreffend der Auslands- und Sicherheitspolitik und polizeilich-justizieller Zusammenarbeit.

Für den Amsterdamer Gemeinderat ist der kommende Gipfel ein Segen. Die Stadt kriegt damit die Chance von ihrem Sodom und Gomorra Image von Drecklöchern, Sexindustrie und Drogen wegzukommen und sich als eine respektable, ökonomisch-kompetente Weltstadt zu präsentieren. Um den Staatchefs dieses Bild vorzugaukeln und einen sauberen Ablauf des Gipfels zu garantieren, wird ein Viertel der Niederländischen Polizeimacht (15.000) während dieser Tage in Amsterdam stationiert und ein Großteil der Innenstadt zur Sicherheitszone erklärt.

Glücklicherweise sind viele Organisationen und Individuen mit all dem oben Genannten nicht einverstanden und wollen diese Tage nutzen um Widerstand zu leisten und ihrer Wut und Empörung Ausdruck zu verschaffen.

Menschen aus anderen Städten und Ländern, welche diese Initiativen unterstützen wollen, sind natürlich von Herzen willkommen. Eine Anzahl Aktionen und Aktivitäten in der Periode 12 - 17 Juni 1997 sind bereits geplant.
Weiter unten auf diesem Flugblatt befindet sich ein unvollständige Liste mit Initiativen. All diese Initiativen werden von unabhängigen Gruppen und Individuen vorbereitet. Ein allumfassendes Zentralorgan besteht nicht.
Während dieser Tage werden in Amsterdam eine Anzahl Anlaufstellen eingerichtet sein, wo Menschen detailliertere Informationen betreffend Aktionen und dergleichen erhalten können.
Über die Lokationen dieser Anlaufstellen kann momentan noch nichts gesagt werden; sie können aber vom 1. Mai an via die untenstehende Adresse angefragt werden.
Die Anti-Gipfeltage werden, wie bereits erwähnt, durch ein breites, linkes Spektrum von Gruppen und Individuen organisiert. Obwohl mit all den zur Verfügung stehenden Mitteln versucht wird für alle die kommen wollen zu sorgen, sind unsere Möglichkeiten, sicher was Schlafplätze, usw. betrifft, beschränkt. Eigeninitiative ist also die Devise !

Es verspricht ein heisser Sommer zu werden.

Tegencontrole
P.B. 3762, 1001 AN Amsterdam NL

EINE UNVOLLSTÄNDIGE LISTE DER GEPLANTEN AKTIVITÄTEN VOR UND WÄHREND DES EUROGIPFELS IN AMSTERDAM

- **14-6** Demonstration gegen die Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausbeutung.
Seit Mitte April marschieren tausende Menschen aus verschiedenen Ländern in Richtung Amsterdam, protestierend gegen die neo-liberale Politik der EU. Die Märsche treffen sich in Amsterdam, wo eine große Demo gegen die EU-Politik stattfinden wird.

- **11-6 - 17-6** Alternativer Gipfel
"Platform naar een ander Europa", ein Bündnis aus verschiedenen progressiven Organisationen, organisiert Diskussionen, Aktionen und Thematage in Form eines alternativen Gipfels mit SprecherInnen aus diversen Ländern. Mit Arbeitsgruppen wie Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausbeutung, feministisches Europa, friedliches Europa, Europa und der Süden, ökologisches Europa.

- **13-6 - 15-6** Chaostage (??)
Nach deutschem Vorbild. Punks rotten sich in Amsterdam zusammen, um die Stadt auf ihren Kopf zu stellen.

- **12-6 - 13-6** Konferenz von "United"
Größtes NGO (Non - Gouvermental - Organisations) Treffen im europäischen Jahr gegen Rassismus. Die Themen sind "Fortress Europe", "Everyday Racism" und "Institutional Racism". SprecherInnen aus diversen Ländern werden nach Amsterdam kommen und ihre Stimmen hören lassen. (Es wird in Englisch gesprochen)

- **16-6** Eurorave
LegalizE streetparty gegen die europäische Drogenpolitik "und all die andere Scheiße die sie für uns geplant haben".

- **17-6** Euroblow
Massal kiffend die Niederländische Bank ausräuchern - aus Protest gegen die europäische Drogenpolitik.

- **17-6** Autonome Demonstration zur Niederländischen Bank.
Wütende Menschen in einem rasenden Aufmarsch zur Niederländischen Bank.

- Es wird auch Feste, Bands, ... geben!



KEIN EUROPA DER VATERLÄNDER – KEIN VATERLAND EUROPA
ÜBERHAUPT KEIN VATERLAND

Aufruf zum zweiten Interkontinentalen Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus (25.7 bis 3.8.1997)

In diesem Sommer findet in Spanien das zweite internationale Treffen statt. Die Idee dazu wurde vor knapp einem Jahr auf dem ersten Treffen in Chiapas/Mexiko geboren, zu dem die indigenen Gemeinden im Widerstand, die Zapatistas, eingeladen hatten. Dort trafen sich trotz massiver Präsenz und Belästigung durch das Militär über 3000 Menschen aus 43 Ländern. Sie erzählten von ihrem Leben, Alltagsrealitäten und Kämpfen und tauschten sich aus über deren Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Möglichkeiten Widerstandsmomente zusammenzubringen.
Wir betrachten die Kämpfe, die hier geführt werden, als einen Teil der Kämpfe gegen die aktuellen Verwertungsnormen des Kapitals unter dem Vorzeichen der neoliberalen Weltordnung, mit denen auch eine Verschärfung der patriarchalen Ungleichheitsverhältnisse einhergeht. Die verschiedenen Unterdrückungsverhältnisse, ob Patriarchat, Rassismus oder Kapitalismus hängen zusammen und können auch nur zusammen bekämpft werden. Wir alle werden mit Vereinnahmung unserer Aktivitäten und unserer Beziehungen durch ein und das gleiche System konfrontiert. Dieses System versucht auf die unterschiedliche Arten uns dem Gesetz des Geldes zu unterwerfen und uns eine einzige Lebensform aufzuzwingen, die zu Entfremdung, Armut und Ausgrenzung führt.
Immer stärker isoliert stehen wir dem Monolog der Macht gegenüber. Und vielleicht ist heute das Notwendigste diese Isolierung zu durchbrechen und Räume zu schaffen, in denen wir unseren Kampf, unser Unbehagen und unseren Willen zur Veränderung zusammenbringen, um Verbündete zu finden, um gemeinsam für eine solidarische, emanzipierte und basisdemokratische Gesellschaft zu kämpfen.
Darum wollen wir weiter an dem Netz spinnen, was in Berlin und Chiapas aufgenommen wurde. Ein internationales Netz der Widerstände, die sich gegenseitig unterstützen. Ein Netz, das weder Zentrale noch Entscheidungsgewalt noch Hierarchien haben soll. Ein Netz, das wir alle bilden, die sich im Widerstand befinden und dessen Maschen es enger zu knüpfen gilt.
Deswegen rufen wir, das bundesweite Vorbereitungstreffen, alle Intressierten, Frauen, Männer, Kinder, Alte, unorganisiert oder organisiert, zur Teilnahme am zweiten intergalaktischen Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus in diesem Sommer in Spanien auf!
Wir wollen, daß das Treffen selbst organisiert wird, daß die, die daran teilnehmen es zu ihrem eigenen machen und sich sowohl bei der Vorbereitung wie auch bei den praktischen Aufgaben einbringen, die das Treffen ermöglichen.
Wir wollen uns den Raum nehmen zu reden und einander zuzuhören, zu feiern und zu streiten, voneinander zu lernen, um gemeinsame Wege hin zu einem selbstbestimmten herrschaftsfreien Leben, in dem viele Welten Platz finden und keine die andere ausschließt, zu suchen und zu finden.

Für eine Welt, in die viele Welten passen!

Das Treffen wird im Spanischen Staat an fünf verschiedenen Orten stattfinden: Madrid, Katalunien, Ruesta (Aragón), Almuñecar und El Indiano (Andalusien). Die Orte sind nach unterschiedlichen Kriterien (Kontakt mit der Natur, besetzte Häuser und Ländereien, Stadtteile im Widerstand etc.) und ihrer Eignung für ein Fest gegen den Neoliberalismus ausgewählt worden.

Eine Umfrage zur Gestaltung des Zweiten Interkontinentalen Treffens, die Anfang dieses Jahres durchgeführt wurde, hat ergeben, daß die konkreten Erfahrungen mit dem Widerstand thematisiert werden sollen, ohne theoretische Hintergründe auszusparen. Ein zentrales Ziel soll sein, ein Netz aufzubauen und neue Widerstandsformen zu finden.

Anhand der folgenden thematische Blöcke soll in den verschiendenen Arbeitsgruppen diskutiert werden:

1) Die neoliberale Wirtschaft gegen die Menschheit. Unser Leben ist mehr als nur Ökonomie.

2) Unsere Welten und die Welt in ihnen. Widerstand und Erfahrungen im Kampf gegen die zerstörerischen Auswirkungen der Globalisierung. Nord-Süd- und Ost-West-Beziehungen.

3) Kampf für Kultur, Bildung und Information.

4) Die Frau und ihre Kämpfe/ Der Kampf gegen das Patriarchat.

5) Kampf für Erde und Umwelt.

6) Gegen jede Art der Marginalisierung.

Programm:

Freitag Nachmittag, 25. Juli: Anreise der TeilnehmerInnen und Empfang in Madrid. Abends: Fest zur Begüßung

Samstag, 26. Juli: Anreise der restlichen TeilnehmerInnen anreisen. Abends: Eröffnungsveranstaltung des Zweiten Treffens und verrücktes Fest für die Menschlichkeit und gegen den Neoliberalismus.

Sonntag Morgen, 27. Juli: Demonstration durch die Innenstadt Madrids (bringt Transparente, Pfeifen und vor allem viel Lust zu demonstrieren mit). Anschließend Abreise per Zug in die verschiedenen Veranstaltungsorte.

Montag, 28. Juli: Ankunft und öffentlicher Empfang aller Gruppen in ihren jeweiligen Veranstaltungsorten.

Dienstag und Mittwoch: Debatten in den Arbeitsgruppen und Untergruppen, kombiniert mit Kulturveranstaltungen, Vorträgen, Konzerten, Videoaufführungen...

Donnerstag, 31. Juli: Abreise aus den verschiedenen Orten nach El Indiano zur Abschlußveranstaltung des Zweiten Treffens.

Freitag, 1. August: öffentliche Empfangsveranstaltung in El Indiano.

Samstag, 2. August: Verlesen der Beschlüsse dieses Treffens und Abschiedsfest.

Sonntag, 3. August: Rückfahrt nach Madrid.

Praktische Fragen:

Die Voreinschreibungen finden bis zum 31. Mai in der Organisationskommission deiner Region statt. Bis zum 30. Juni muß die Quote für Essen, Unterbringung und Transport bezahlt werden (zwischen 170 und 250 DM).

Diskussionspapiere zu inhaltlichen Punkten sollten vor dem 31. Mai auf Spanisch oder Englisch im Spanischen Staat vorliegen.

Näheres zu Organisation, Anmeldung etc. erhaltet ihr bei:

Mexiko-Gruppe im FDCL, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin, 693 4029.

Dienstag 13.5. und " 20.5. 1997 um 19 Uhr findet ein Vorbereitungstreffen im FDCL statt, zu dem alle Interessierten herzlich eingeladen sind!



Veranstaltungsreihe über bewaffnete Politik in der Roten Fabrik Zürich

Zwischen

Do 15. Mai 20.00 Clubraum

Militante linke Gruppierungen der Siebziger Jahre in der Schweiz

Wer schreibt die Geschichte der ausserparlamentarischen schweizerischen Linken, wenn nicht sie selbst? Die Eröffnungsveranstaltung der Konzeptreihe "ZWISCHENrevolte,militanz-&revolutionBERICHTE" versucht, die Aufbruchstimmung der radikalen Linken in den siebziger Jahren aufzuzeigen.
Aus dem politischen und kulturellen Aufbruch gründeten sich anfangs der siebziger Jahre politische Gruppierungen, Initiativen und Organisationen, die sich in engem Bezug zum Kampf des Vietcong gegen die USA oder zu den Ereignissen in Chile, im franquistischen Spanien und in Uruguay mit den Unterdrückten dieser Welt solidarisierten. Im Zusammenhang mit den ArbeiterInnenkämpfen in Italien, Frankreich und Grossbritannien oder den militanteren Kämpfen in Deutschland machten sie sich auf, eine radikale und militante Antwort auf die selbstgerechten schweizerischen Verhältnisse zu suchen. Das Gewalt- und Machtmonopol des Staates und der Grossindustrie wurden offen in Frage gestellt, sein Filz und seine bis in die braunen Kollaborationszeiten reichenden Repressionsstrukturen wurden angeprangert.
Die Infragestellung des Gewaltmonopols eines Staates mit der Bevölkerungszahl einer mittleren Grossstadt und mit den finanziellen und repressiven Möglichkeiten einer Weltmacht war zwangsläufig auf eine internationale Vernetzung angewiesen. So ergab es sich immer wieder, dass sich – neben allen lokalen Anstrengungen, eine militante Bewegung in den Quartieren, den Fabriken oder gegen die Grosstechnologien zu organisieren – die hiesige Linke als logistisches Hinterland für die verschiedensten Guerrilla-Organisationen der ganzen Welt anerbot.

Wenn heute von offizieller Seite über diese Zeiten geschrieben oder geredet wird, funkelt auch immer ein bisschen Stolz mit. Denn im Gegensatz zu vielen anderen Nationalstaaten hat sich die Schweiz ihrer KritikerInnen immer auf besonders effektive Weise entledigt und zugleich dafür gesorgt, dass die Argumente und Strategien der Gruppen dieser Zeit heute noch erfolgreich zusammenhanglos in den Archiven schlummern. Wer bringt heute noch den Verzicht auf Kaiseraugst und Graben in Bezug zu den andauernden Massenmobilisierungen, militanten Aktionen oder Sabotagen und Sprengstoffattentaten der Gruppe DO IT? Wieviel bekömmlicher und mediengerechter kommt doch heute der Widerstand gegen AKWs in Form von professionell abgewickelten Protestinszenierungen daher!
Solange die kollektiven Erkenntnisse der militanten Infragestellung der Herrschenden vergessen werden, kann es sich "das Museum des Kapitalismus", wie Lenin die Schweiz eingeschätzt hat, leisten, seine selbstherrlichen Mythen zu pflegen. Die Schweiz bleibt nach den USA das Land mit den meisten Gefängnisplätzen und dem ausgefeiltesten Psychiatriesystem seit dem Niedergang der Sowjetunion, solange es sich ihre Bevölkerung leisten will, den inoffiziellen Teil ihrer Geschichte nicht wichtig genug zu nehmen.
In der Podiumsrunde vom 15. Mai werden verschiedene Leute aus den militanten Gruppen der siebziger Jahre ihre Geschichte und ihren Widerstand beschreiben. Eingeladen sind: Aktion Strafvollzug, Schwarzer Peter, Rote Hilfe, Komitee gegen Isolationshaft, Frauenbefreiungsbewegung, Rote Steine, Klassenkampf, Anti-AKW-Bewegte.
Erklärt werden Projekte und Positionen um die autonome Republik Bunker, die Heimkampagne, das Hegibach, DO IT und andere Anti-AKW-Sabotage, um die Busipo, die internationale Solidarität und den Antifaschismus.

Sa 17. Mai 20.00 Clubraum

Der Aufbruch war berechtigt. Unterschiede RZ / 2. Juni / RAF

1997 jährt sich zum dreissigsten Mal der 2. Juni 1967 (die Erschiessung Benno Ohnesorg's an einer Anti-Schah-Demo in Berlin), im Herbst zum zwanzigsten Mal Stammheim 1977 (Tod von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Karl Raspe), die "bleierne Zeit". Beide Daten stehen für Einschnitte in der Entwicklung der Linken in der BRD. Benno Ohnesorg's Tod steht tragischerweise für den beginnenden politischen und kulturellen Aufbruch der 68er Generation. Die Schleyer-Entführung und der Tod der Gefangenen in Stammheim stehen für einen tiefen Einbruch der Linken in der BRD.
Heute sind viele Mitglieder der bewaffneten Bewegungen in der BRD – einige nach bis zu 20 Jahren Knast, viele Jahre davon in Isolationshaft – frei. Aber es sitzen immer noch einige, und das Datum ihrer Freiheit ist nicht abzusehen.
Wir wollen mit der Veranstaltung transparent machen, aus welcher gesellschaftspolitischen Entwicklung und mit welchen Ideen, Utopien und Hoffnungen sich Frauen und Männer bewaffnet organisiert haben. Die Jahre des Aufbruchs in den 70ern und die Entwicklung von ganz verschiedenen Konzepten militanter und bewaffneter Politik soll in dieser Veranstaltung von den damals Beteiligten diskutiert werden.
Eine authentische Vermittlung und Aufarbeitung der eigenen Geschichte ist die Voraussetzung, um der herrschenden Geschichtsschreibung, die heute versucht, die Konfliktlinien der 70er und 80er Jahre umzuschreiben, ein eigenes Geschichtsbild entgegenzustellen.
Eingeladen sind daher Personen aus den damals bewaffnet kämpfenden Organisationen der "Bewegung 2. Juni", der RAF (Rote Armee Fraktion) und den RZ (Revolutionären Zellen / Rote Zora). Die Fragestellung wird sein: Was ist von 30 Jahren radikaler Opposition übriggeblieben? Was waren Fehler? Wie ist es möglich, aus der Geschichte zu lernen? Auch wenn es nur möglich sein wird, einige Facetten dieser Geschichte zu beleuchten, so sind dies Mosaiksteine in der Geschichte der Linken in Europa.
Eingeladen sind:
Gabrielle Rollnik, ehemals Bewegung 2. Juni; Roland Mayer, ehemals RAF; Karl Heinz Dellwo, ehemals RAF; Knut Folkerts, ehemals RAF und N.N, RZ / Rote Zora; Moderation: Halina Bendkowski.

Veranstaltungsort:

Rote Fabrik Zürich, Seestrasse 395
15. Mai bis 25. Mai 1997

Veranstaltungsreihe zur bewaffneten und militanten

So 18. Mai 20.00 Clubraum

Frauen in der Guerrilla / Frauen aus der Frauenbewegung

Podiumsdiskussion mit Frauen aus der Frauenbewegung der siebziger Jahre in der Schweiz, aus der Roten Armee Fraktion, der Bewegung 2. Juni (BRD) und der Brigate Rosse (I)

Die Podiumsdiskussion will Vertreterinnen aus der Frauenbewegung und Frauen aus der Guerrilla miteinander über verschiedene Aspekte ins Gespräch kommen lassen:
– Welchen Bezug hatte die Frauenbewegung zu den Guerrillabewegungen und umgekehrt?
– Gab es eine gegenseitige Beeinflussung?
– Wo gab es welche Solidarität?
– Wie weit wurde eine Diskussion um eine Guerrilla geführt, welche die Inhalte und Forderungen der Frauenbewegung aufgriff?
– Was bedeutete die Gründung der Roten Zora und / oder der hohe Anteil der Frauen der Prima Linea (fast die ganze Führung setzte sich aus Frauen zusammen) für die Frauenbewegung und die Frauen in anderen militanten Organisationen?
– Wie haben die Frauen innerhalb der Gruppierungen die geschlechterspezifischen Reduzierungen der Gesellschaft und die damit zusammenhängenden Tabus diskutiert, und welche Handlungsansätze haben sie daraus abgeleitet?

Die Propaganda des Staates und der Medien reduzierte die Frauen in den Guerillas auf "Huren der führenden Männer" oder schrieben ihnen besondere Grausamkeiten zu. Der hohe Anteil der Frauen z. B. in der RAF war für den Staatsschutz in der BRD "Ausdruck des Irrationalen und des Exzesses der Frauenbewegung" (Sprecher des Innenministeriums). "Erschiesst zuerst die Frauen", soll eine interne Anweisung der Antiterroreinheiten Deutschlands geheissen haben.
– Wie haben die Frauen in der Guerrillabewegung diese reduzierende und vernichtende Zuschreibung des Mannen-Staates aufgegriffen?

Die Verarbeitung der Zeit in Gefängnis und Isohaft verläuft bei Frauen meist anders als bei Männern. Es scheint so, als ob die Männer aus ihrer Knastzeit viel eher ein Thema für öffentliches Auftreten machen und die Frauen sich in kleineren Zusammenhängen und weit weniger öffentlich darüber unterhalten.

Auf dem Podium:

Ada Negroni (ehemals BR, Colonna W. Alasia), Luisa Aluisini (ehemals BR Toscana), Rosella Simone (ehemals BR), Gaby Rollnik (ehemals Bewegung 2. Juni), Christine Kuby (ehemals RAF), Lilo König (ehemals FBB), Helen Pinkus-Rymann (ehemals FBB) und Halina Bendkowski für die Moderation.

So 18. Mai 15.00 Clubraum

Einzelbiographien

Till Meyer (2. Juni) und Tonino Loris Paroli (BR) erzählen ihre persönliche Geschichte von der Politisierung über die Organisierung in einer bewaffneten Gruppe, bis zu ihrer Verhaftung und Knastzeit.

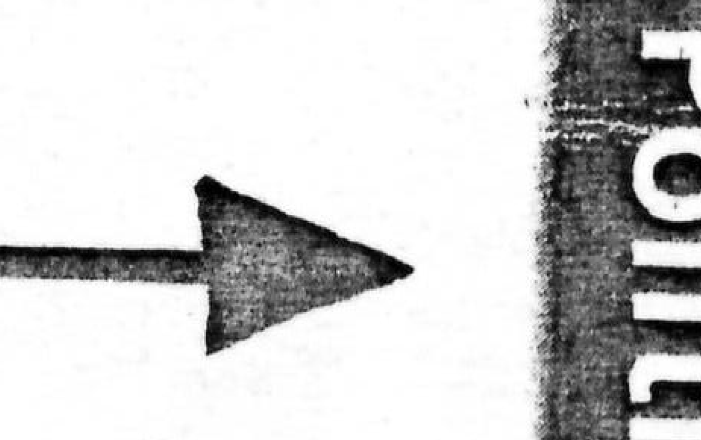
Till Meyer:

Till Meyer wurde geboren 1944. Er schloss sich mit siebenundzwanzig Jahren im Januar 1972 der "Bewegung 2. Juni" an. Er war an der Lorenzentführung beteiligt und wurde 1975 festgenommen. Nach einem spektakulären Ausbruch aus dem Gefängnis in Berlin-Moabit im Mai 1978 wurde er zusammen mit drei Genossinnen im Juni 1978 von deutschen Polizisten in Bulgarien verhaftet. Bis 1987 sass er im Gefängnis. Während seiner späteren Arbeit als Journalist für die TAZ arbeitete er mit dem MfS (Stasi) zusammen. Seine Erinnerungen sind kürzlich unter dem Titel "Staatsfeind" im Spiegel-Buchverlag erschienen.

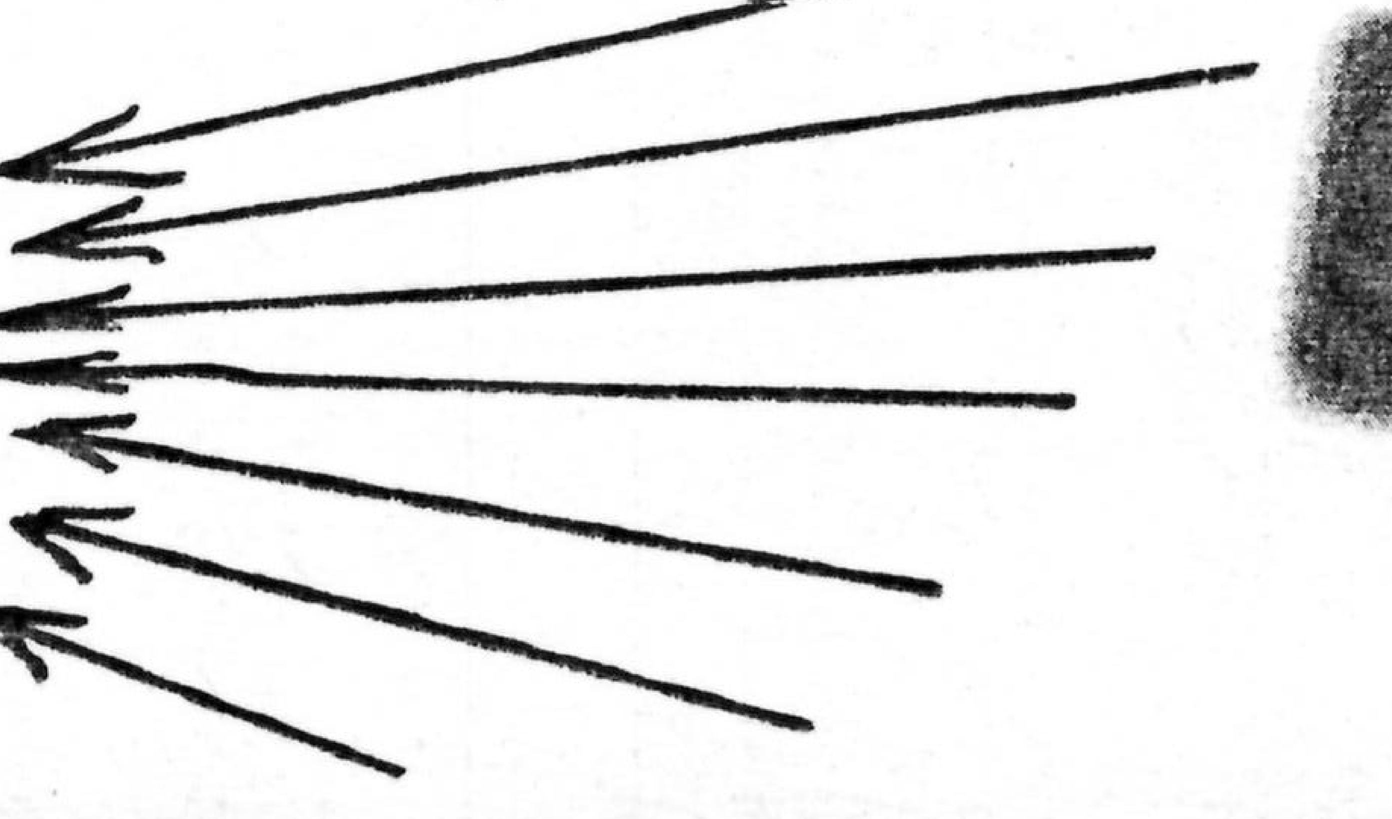
Tonino Loris Paroli:

Er arbeitete seit er 18 war in einer kleinen Fabrik in Reggio Emilia. Mit 21 schrieb er sich in die PCI und die Gewerkschaft ein und vervollständigte seine politische Bildung, während er als Arbeiter in einer Motorenfabrik in Reggio Emilia arbeitete.

Es waren die Jahre des Vietnamkrieges, Che Guevaras, der kulturellen Revolution und des Kampfes gegen den Revisionismus. 1968 verliess er die PCI mit anderen GenossInnen und schloss sich im studentisch-proletarischen CPM (Colletivo Politico Metropolitano) in Mailand zusammen. Aus dem CPM wuchs später die ausserparlamentarische Gruppe Sinistra Proletaria heraus, die kurz darauf, wie alle Gruppen der neuen Linken, eine Krise der Perspektivenlosigkeit durchlebte. Paroli nahm am Kongress der Neuen Linken im Frühling 1970 teil, in dem nach langen Diskussionen der Aufbau von bewaffneten Gruppen beschlossen wurde.
Diese ersten bewaffneten Gruppen der neuen Linken operierten in der Halbklandestinität und arbeiteten weiter in den Fabriken. Aus ihnen gründeten sich die Brigate Rosse. Nach den ersten Verhaftungen 1972 machten die BR den letzten Schritt ganz in die Illegalität.
Tonino Loris Paroli wurde in Turin 1975 verhaftet und blieb für 16 Jahre zusammen mit dem historischen Kern der BR im Gefängnis.
Er machte Erfahrungen in allen Spezialknästen und allen Spezialabteilungen, die für die psychische und physische Zerstörung der Politischen geschaffen wurden. Bis zu seiner Entlassung war er in den Knästen von Turin, Palmi, Viterbo, Milano, Parma, Novara, Cuneo und Reggio Emilia. Er hat seine Strafe voll abgesessen und arbeitet heute als Maler.







Mi 21. Mai 20.00 Clubraum

Italien in den 70er Jahren

Von Brigate Rosse zu Guerilla Diffusa zu Brigate Rosse

"Es existieren heute eine Vielzahl von Möglichkeiten, diese Gesellschaft zu verändern. Es wäre kriminell und unmenschlich, sie nicht auszunutzen. Alles was möglich ist, um dieses System zu verändern, muss getan werden. Dies, so glaube ich, ist der tiefere Sinn des Lebens." (Mara Cagol, Mitbegründerin der Brigate Rosse). ExponentInnen aus der militanten Bewegung Italiens der 70er Jahre erläutern ihre Geschichte, die Wurzeln des Fiat-Faschismus, den "Angriff auf das Herz des Staates", die bewaffnete Bewegung, den 7. April und den Aufbau der antiimperialistischen Front.
Ende der 50er und die ganzen 60er Jahre hindurch strömten 1,5 Millionen MigrantInnnen in die industriellen Zonen von Mailand und Turin. In der Agglomeration entstanden riesige Schlafstädte, die Strassen und Quartiere der Städte wurden vom Begegnungsort zu Transportbändern von Arbeitskräften.
Die Interessen der neuen ArbeiterInnenklasse Italiens standen in den 60er Jahren zunehmend ausserhalb der traditionellen ArbeiterInnenbewegung. Die Unfähigkeit der PCI und der Gewerkschaften gingen von der Auffassung aus, dass der florierende Kapitalismus auch etwas für die Arbeitenden abwerfen werde. Sie hatten keine Ahnung von der Veränderung, der Zusammensetzung der ArbeiterInnen, und zudem deren drängende Probleme nicht einmal erkannt. Die radikale Infragestellung der bestehenden Ordnung durch die Neue Linke war damals die Wurzel von neuen revolutionären Strategien.
Gruppen wie BR, NAP (Nuclei Armati Proletarii), Lotta Continua, Potere Operaio, Autonomia Operaia und andere entwickelten neue Organisationsformen und begannen eine Diskussion über Illegalität und die Verbindung mit dem antifaschistischen Widerstand.
T. L. Paroli und P. Bassi, beides Mitbegründer der Brigate Rosse, sowie Ermano Gallo, Mitarbeiter der damaligen Zeitschrift "Controinformazione", werden über die Zeit der Anfänge des bewaffneten Kampfes, des militanten Widerstands und die Formen der Organisation berichten.
Infolge einer erneuten Migrationswelle nach 75 (im Gefolge der sogenannten Wirtschaftskrise) kamen Hunderttausende von Jugendlichen aus den Kleinstädten und vom Land in die Metropolen. Es bildete sich ein neues Konfliktpotential aus, das die Auseinandersetzungen der nächsten Jahre tragen sollte. Die Wirtschaftslage war viel zu schlecht, als dass diese Jugendlichen auf die Bedingungen, die noch ihre Eltern hatten, hoffen konnten. Ihre Suche nach neuen Ausdrucksmöglichkeiten mündete in der "Explosion der Phantasie". Es entstanden eine neue Sprache, neue Kommunikationszusammenhänge (Radios, Zeitungen...) und neue Formen der Militanz.
Ab dem 7. April 1977 versuchte der italienische Staat mit der Verhaftung von über 3000 Militanten, TheoretikerInnen und Illegalen die Bewegung der Guerilla Diffusa, die Prima Linea und die Brigate Rosse zu zerschlagen und zu spalten. Die Antwort der bewaffneten Gruppierungen waren Tausende von Anschlägen und bewaffneten Auseinandersetzungen in den Jahren 1978 und 1979.
...
Aus der Generation Mitte der siebziger Jahre werden Ada Negroni (BR Colonna Walter Alasia), Roberto Silvi (damalige Controinformazione) und ein Vertreter der Autonomia Operaia berichten.

Kontaktadresse:
Rote Fabrik / Konzeptbüro
Seestrasse 395
8038 Zürich
Telephon 0041-1-482 40 79

Do 22. Mai 20.00 Clubraum

Unterschiedliche Konzepte des bewaffneten Kampfes in Deutschland und Italien

Die politischen Bewegungen Lotta Continua, Prima Linea, NAP, bis hin zu den Brigate Rosse fanden in Italien einen anderen historischen und politischen Boden vor, als die bewaffneten Gruppen 2. Juni, RAF und die Revolutionären Zellen in der BRD. Obwohl für alle der Aufbruch 1968 ein gemeinsames historisches Datum darstellt, waren die historischen und politischen Ausgangsbedingungen grundsätzlich andere, was sich auch in den politischen Analysen der bewaffneten Gruppen widerspiegelte.
Italien hat sich über die Roten Brigaden 1945 selbst vom Joch des Faschismus befreit, und dadurch wurde die Entwicklung einer starken kommunistischen Bewegung in Italien ermöglicht. Für die Entwicklung einer ungebrochenen Klassenidentität war das sehr wichtig. Bis weit in die 60er Jahre galt die PCI als die mächtige Vertreterin einer politischen Arbeiterklasse. Erst die Hinwendung zum "historischen Kompromiss" Mitte/Ende der Sechzigerjahre brachte den Widerspruch zwischen Partei und Basis: Den Verzicht der PCI auf eine eigene revolutionäre Strategie zur grundlegenden Veränderung der italienischen Gesellschaft und ihre Hinwendung zu reformorientierter Politik. Dies hatte die Radikalisierung des sich neu bildenden Fabrikproletariats mit dem Aufbruch 1968 zur Folge. Aus der nun folgenden Entwicklung an den Schulen, Universitäten und in den Fabriken entwickelten sich auf die Fabrik orientierte, bewaffnet kämpfende Strukturen, die wir heute unter den Namen Prima Linea, Brigate Rosse oder NAP kennen.
In Westdeutschland war die Situation ganz anders: Eine durch den Faschismus vernichtete kommunistische und sozialistische ArbeiterInnentradition. Lediglich in der DDR hielten sich Reste der vormaligen, starken, linken Vorkriegsstruktur.
Westdeutschland wurde als Frontstaat gegen die Sozialistischen Staaten etabliert, mit einer ArbeiterInnenklasse, die bar jeder linken kommunistischen Tradition war. In diesem reaktionären Klima entwickelte sich der politische Aufbruch 1968. Die ArbeiterInnenklasse war grösstenteils konservativ, es gab ja keine starke kommunistische Partei, die, wie in Italien, Zehntausende hätte mobilisieren können.
So entwickelte die StudentInnenbewegung eher internationalistische Bezüge zu den Befreiungsbewegungen im Trikont (Vietnam, Palästina etc.). Aufgrund dieser gesellschaftlichen Konstellation entwickelte die Linke Deutschlands auch andere Strategien und Analysen als die Linke in Italien. Auch die bewaffneten Gruppen ordneten sich strategisch eher in einem internationalistischen Kontext ein.

Teilnehmende:
Deutschland: Knut Folkerts (ehemals RAF), Roland Mayer (ehemals RAF), Karl Heinz Dellwo (ehemals RAF), Lutz Taufer (ehemals RAF).
Italien: Ermano Gallo (Controinf. Storico), Tonino Loris Paroli (BR, Reggio Emilia), Ada Negroni (BR W. Alasia), Roberto Silvi (Controinf. Storico).
Moderation: Primo Moroni

Dokumentation und Café

Während der ganzen Reihe wird im Backstein (Theaterübungsraum zwischen Ziegel und Shedhalle) eine umfangreiche Dokumentation zum Thema Militanter Widerstand und Bewaffneter Kampf gezeigt. Klaus Rozsa und Gertrud Vogler stellen Fotos aus 25 Jahren Bewegungsfotografie aus. Dokumentiert werden auch BekennerInnenschreiben, Plakate, Bücher und Broschüren sowie eine Auswahl von Videos mit Dokumentar- und Spielfilmen.
Der Dokumentationsraum dient als Treffpunkt für alle an den Veranstaltungen beteiligten und soll ausserhalb dieser Veranstaltungen Diskussionen ermöglichen. Alle Veranstaltungen werden simultan auf Italienisch oder Deutsch übersetzt.

der Linken in Deutschland, Italien und der Schweiz

Sa 24. Mai 19.00 Clubraum

Situation der Gefangenen und Gefangenenprojekte

Die Abschlussveranstaltung beschäftigt sich ausschließlich mit den über 2000 politischen Gefangenen in Europa. Eingeladen sind VertreterInnen von Gefangenenunterstützungsprojekten, Anwälte und Angehörigenvereinigungen. In einer ersten Runde wird die Situation in den einzelnen Ländern beschrieben.
Trotz der Vereinheitlichung des europäischen Rechtsraumes versucht jeder Staat, seine politischen Gefangenen mit anderen Mitteln zu brechen und von ihrer Geschichte abzukoppeln.
Von Kronzeugenprogrammen über jahrzehntelange Isolationshaft oder permanente Verlegung werden alle Möglichkeiten ausprobiert, um die Gefangenen zur Abschwörung oder zum Verrat zu zwingen. In einzelnen Ländern haben die Gefangenen zudem immer noch einen Geiselstatus, mit jeder Aktion draussen werden ihre Haftbedingungen verschärft. Dagegen wehren sich verschiedenste Projekte mit ganz unterschiedlichen Strategien.
In einem zweiten Teil stellen sich diese Projekte vor und diskutieren über Differenzen und Gemeinsamkeiten.
Innerhalb von Europa sind zudem Tausende von politischen Flüchtlingen unterwegs, die in ihrem Herkunftsland verfolgt werden und von ihrem "Gastland" jederzeit ausgeliefert werden können.
Eine schriftliche Dokumentation über die Situation in den einzelnen Ländern wird während der ganzen Veranstaltungsreihe aufliegen.

Zudem können Karten an die Gefangenen verschickt werden.Auf Stellwänden stellen sich die Projekte der Amnestiegruppen und Angehörigenvereinigungen vor.
Eingeladen und angefragt haben wir folgende Projekte oder Anwälte:

Deutschland: Projekt Amnestie 2000, Libertad
Italien: Anwälte der Bewegung. Geplant ist eine Telekonferenz mit Oreste Scalzone, der das Amnestie-Projekt der italienischen Flüchtlinge in Frankreich vorstellen wird.
Euskadi: Vertreterinnen der Organisation Gestoras Pro Amnistia
Frankreich: Angehörige von Gefangenen aus der Action Directe
Belgien: Angehörige der CCC
Griechenland: Projekt Solidarity
Nordirland: EinE VertreterIn der Sinn Fein oder das Nordirlandkomitee aus Berlin

Bei der Organisation dieser Veranstaltung mussten wir feststellen, dass Leute, die unter den "Notstandsparagraphen" – wie Bildung einer terroristischen Vereinigung – verurteilt worden sind, trotzdem sie ihre Strafe abgesessen haben, in der Schweiz, als einzigem Land neben den USA, keine freie Einreisemöglichkeit haben. Für alle Personen aus Deutschland mussten wir eine Sondergenehmigung beantragen, obwohl die inkriminierenden Paragraphen in dieser Form in der Schweiz nicht bestehen.
Wen wundert's, wenn sich der schweizerische Staat mit der Geschichtsschreibung noch immer so schwer tut. Ob uns die Einreisebewilligungen gewährt werden, ist bis zur Drucklegung dieser Zeilen noch nicht klar.

FR 23. Mai 20.00 Clubraum

Progetto Memoria: Wie kann linke Geschichte weitervermittelt werden?

Wer schreibt die Geschichte des Widerstands für die nachfolgenden Generationen und wie soll das geschehen? Über die Art und Weise der Vermittlung der Geschichte von unten existiert bisher keine öffentliche Diskussion. Verschiedenste Leute schreiben ihre Biographien, und das meist ausserhalb jeder Diskussion mit ihren MitkämpferInnen. Im Progetto Memoria arbeiten einige Leute um R. Curcio an einer akribischen Aufarbeitung ihrer Geschichte. Die Biographien der ermordeten GenossInnen werden ebenso festgehalten wie die soziale Zusammensetzung der bewaffneten Bewegung. Nach wie vor prägen die bürgerlichen Medien das Bild des Widerstandes.
Ludovico Basili wird als langjähriges Mitglied die Geschichte des Progetto Memoria und die Absichten erklären.
Mario da Prati wird als Verantwortlicher für den Vertrieb der Bücher des Verlags "Sensibile alle Foglie" in Norditalien einen Beitrag des Progetto Memoria-Kollektivs vorbringen.
Alle MitarbeiterInnen dieses Projekts sind noch im Gefängnis oder in der Halbgefangenschaft und können deshalb nicht selbst erscheinen.
Die Fragestellungen dieser Veranstaltung sind:
Wie und wann wird linke Geschichte vermittelt?
Wer soll das tun?
Primo Moroni, als theoretischer wie praktischer Vermittler der Geschichte der Bewegung, wird in dieser Veranstaltung die Moderation und die Diskussion leiten.

Fr 23. Mai 23.00 Clubraum

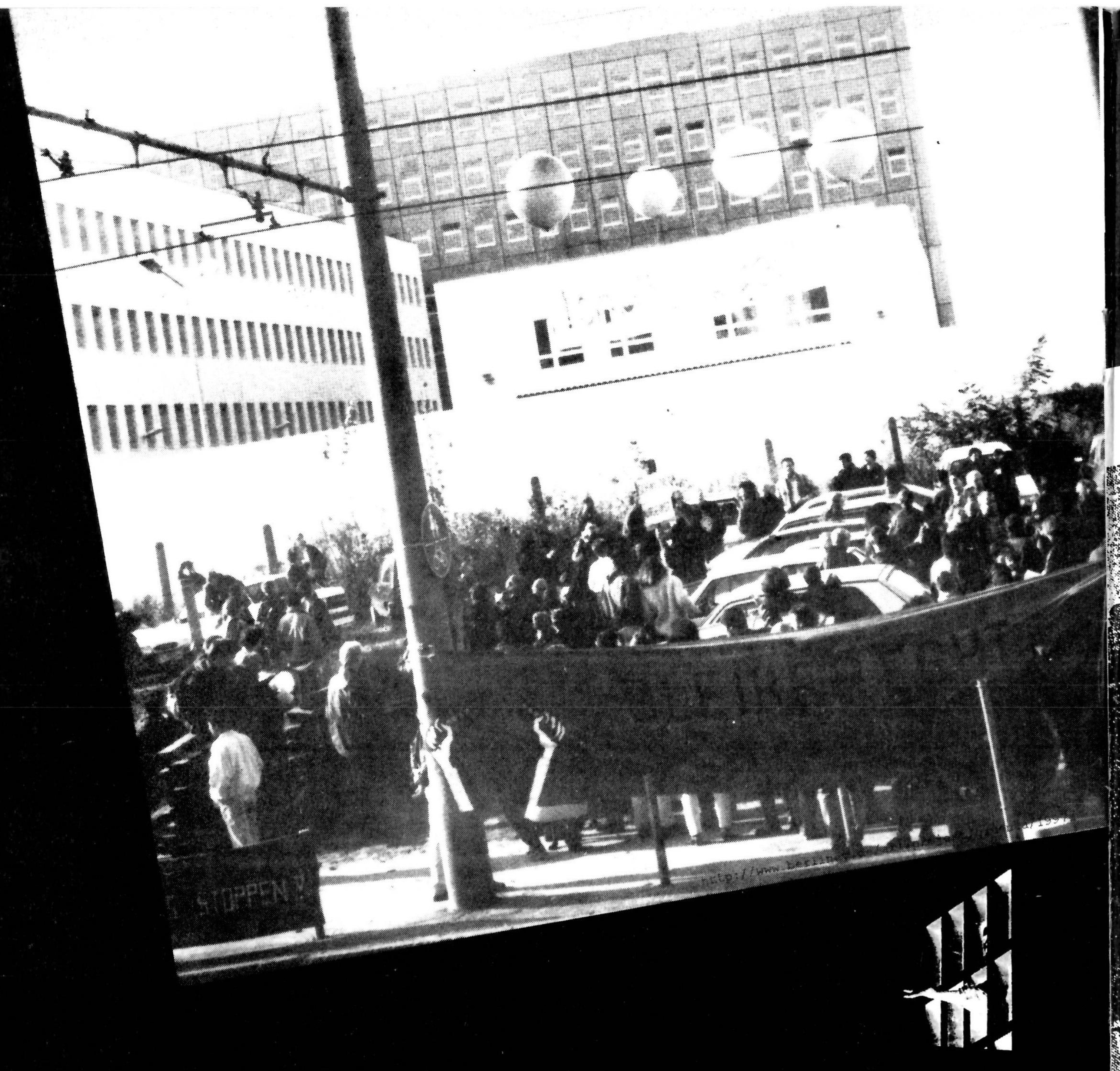
Konzert und Disco mit Tempo al Tempo und DJ Gruff

Die italienische HipHop-Szene ist engstens verknüpft mit den besetzten Centro Sociali und den besetzten Häusern. Diese Centri sind vielleicht die wichtigsten Orte, wo eine Debatte über die Geschichte des bewaffneten Kampfes über alle Generationengrenzen hinweg noch stattfinden kann.
"Merkwürdige Lebensumstände hier auf der Erde", meint Fumo-Rapper und Atarifreak von Tempo al Tempo. Auf eine Heimat, eine Verwurzelung in einem Ort oder Land, lassen sich die drei HipHop-Bürger Fumo (MC), Eri (MC) und DJ Janiv nicht festlegen. Immer mit der Ruhe, Tempo al Tempo, bringen die drei in Basel wohnhaften Migranten nach knapp einem Jahr ihres Bestehens, ihre erste Produktion auf die Plattenteller und in die CD-Player unseres schweinchenförmigen Stückchens All.
Fumo ist in den Squatts zwischen Napoli und Milano aufgewachsen, Eri in Basel, und er erinnert sich mit Wohlwollen ans Essen von kalabrischem Brot mit Olivenöl, weil alles andere zu teuer war oder weil das das beste Essen sei.
Janiv kommt aus der Skaterszene Basels und hält nicht viel vom Geplapper um die Roots.
In den Flying Records Studios im neben Neapel liegenden Vulkankegel Agnagno, zwischen Nato-Basis und Pferderennbahn, haben sie letzten Dezember ihre neue Platte aufgenommen. Almamegretta, Massive Attack, Mano Negra und die ganze Ragga- und Jungle-Szene Süditaliens geben sich dort die Klinke in die Hand. Gekreuzt werden die neusten Basskompressoren aus den USA mit der kreativsten HipHopRagga-Szene Südeuropas.

Tempo al Tempo werden sich die ganze Woche an den Veranstaltungen rumtreiben und sich mit alten Bekannten und den eingeladenen Piratenradios aus Italien treffen.
DJ Gruff ist einer der dienstältesten HipHop-DJs Italiens und fast keine andere HipHop-Gruppe kann behaupten, nicht schon mit ihm zu tun gehabt zu haben. Er wird mit seiner ganzen Posse anreisen und zum Thema Widerstand Platten auflegen und Italian Underground verbreiten.







bis 24. Mai!

Abschiebeknast Grünau

13.00 Uhr
Demonstration
Platz des 23. April, Köpenick,
[S] Köpenick, TRAM 62 + 68

ca. 14.3o Uhr
Kundgebung
am Abschiebeknast Grünauer Str.
Beschallung:
Tod und Mordschlag

Wer bleiben will, soll bleiben!